



4. Hochschultag

der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
Berlin, 21. - 22. November 2014

Ergebnisbericht



„Nachhaltig Wohnen –
der Dialog von Wissenschaft und Praxis“

Inhalt

Editorial

- 6 Blick zurück und nach vorn [Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär DASL](#)

Begrüßung

- 8 Der Hochschultag der nationalen Stadtentwicklungspolitik aus Sicht des Bundesministeriums
Staatssekretär [Gunther Adler, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit](#)

Auftakt-Podien

- 14 Stadtentwicklung und Wohnen – aktuelle Herausforderungen des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis
[Prof. Martin zur Nedden, Deutsches Institut für Urbanistik](#)
- 16 Stadtentwicklung und Wohnen als Ausbildungsgegenstand und Thema von Nachwuchsforschung [Prof. Dr. Heidi Sinning, FH Erfurt](#)
- 18 Erfahrungen und Perspektiven des Dialogs von Wissenschaft und Praxis in Lehre und Forschung
[Frauke Burgdorff, Montag Stiftung Urbane Räume gAG](#)

Foren

- 20 Forum A „Die selbstgemachte Stadt“
- 22 Forum B „Region, Flächenvorsorge, Mobilität“ Zukunftsfähige Stadtregion! Wohnen-Arbeiten-Mobilität
- 25 Forum C „Quartiersentwicklung“
- 28 Forum D „Wohnungsneubau und soziale Folgen“
- 30 Forum E „Akteure“
- 32 Forum F „Gestalt des Stadtquartiers“ Vier städtische Wohnquartiere und ihre architektonische Gestalt

Abschluss und Empfang

- 34 Ergebnisse, Empfehlungen, Perspektiven [Prof. Julian Wékel, DASL](#)
- 38 Begrüßung Abendempfang [Anke Brummer-Kohler, BMUB, Abteilung Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht](#)

Workstattberichte und Materialien der Statusgruppen

- 40 Workshop Städtebau- und Planer/innenausbildung [Dierk Hausmann / Prof. Dr. Detlef Kurth / Barbara Schöning](#)
- 42 Thesenpapier: DASL Ausschuss Aus- und Fortbildung
- 44 Position des Mittelbaus [Dr. Anna Zdiara / Achim Schröder](#)
- 46 Resolution der Studierenden zum 4. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik [Laura Bornemann](#)

Erklärung des 4. Hochschultages

- 49 Thesenhafte Ergebnisse und Empfehlungen zur Zukunft nachhaltigen Wohnens in den Städten

Anhang

- 51 EUREF-Campus
- 52 Posterausstellung
- 54 Impressum

Hochschultag im Dialog





Editorial: Blick zurück und nach vorn

Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär DASL

Die hier vorliegende Dokumentation des 4. Hochschultags der Nationalen Stadtentwicklungspolitik belegt anschaulich den in diesem Rahmen erreichten Stand des Dialogs zwischen der sich in Forschung und Lehre mit Fragen der Stadtentwicklung befassenden Wissenschaft und der städtebaulichen Praxis auf Bundes-, Länder und kommunaler Ebene. Er ist darüber hinaus ein Beleg für die Intensivierung von Kooperationen zwischen den Institutionen der Wissenschaft.

Dieser Prozess begann 2009, vor sechs Jahren, mit der Einladung zu einem 1. Hochschultag, als Experiment des Bundesbauministeriums zur Unterstützung Wissenschaft in der Planungsdisziplin. Diese sollte dadurch aber auch aufgefordert werden, sich stärker des Interesses und Bedarfs der Praxis an anwendungsorientierter Forschung und Lehre anzunehmen. Die Wissenschaft wiederum erhoffte sich, durch die hochschulübergreifende Veranstaltung die interne Kommunikation zwischen den Forschenden und Lehrenden zu verbessern. Mit jedem der bisherigen Hochschultage wurde diese ursprüngliche Intention in Stufen zu einer von den Beteiligten kooperativ getragenen Initiative weiter entwickelt.

So war der 1. Hochschultag noch ganz grundsätzlich auf das gesellschaftliche Rollenverständnis von Wissenschaft und Praxis gerichtet und vor allem durchspontane Diskussionen der Hochschulvertreter bestimmt. Erstaunlich allerdings, dass bereits damals sich mehr als 20 Universitäten bzw. Hochschulen mit Vertretungen aus allen drei Staturebenen, der Professorenschaft, der Nachwuchswissenschaft sowie der Studierenden beteiligten. Schon in dieser Premiere gaben drei Dialogforen Möglichkeiten vertiefter Diskussion, die allerdings noch wesentlich um Fragen zu Forschung und Lehre kreiste, während die Praktiker aus den Kommunen sich hierzu eher auf Kommentare beschränkten.

Ein 2. Hochschultag im Herbst 2010 qualifizierte den übergreifenden Diskurs, da nun auch die Praxisseite stärker in Podien und Arbeitsgruppen einbezogen wurde und eine kleine Vorbereitungsgruppe für die vertiefenden Werkstätten wesentliche Themen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aufgegriffen hatte. Jetzt erhielten auch Studierende mit der Präsentation einer Sommerschule zum Hochschultag ein eigenständiges Forum, und es etablierten sich am Folgetag separate Diskussionen der Statusgruppen zu spezifischen Fragen von Lehre und Forschung.

Der folgende, 3. Hochschultag wurde dann erstmals durch einen kontinuierlicheren Arbeitsprozess der Vorbereitungsgruppe mit mehreren eigenen Konferenzen gestaltet und nahm nun systematisch alle Handlungsfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Themen auf. Die wissenschaftliche Mitarbeiterschaft erarbeitete eine eigene Publikation, die auf 300 Seiten einen umfassenden Katalog aktueller Stadtforschungsprojekte beinhaltete – eine einzigartige Quelle für individuelle Kooperationen. Die zweite Sommerschule, an der nun sieben Lehrstühle aus verschiedenen Hochschulen bzw. Universitäten unter der Thematik „Die ressourceneffiziente Stadt“ teilnahmen, erhielt eine Präsentation im Plenum sowie ein eigenes Werkstätten-Forum und es ergaben sich diverse Anregungen zur Didaktik projektorientierter Lehre. Auch die von der Bundesebene angebotene Forschung-Praxis-Kooperation erhielt zusätzliche Akzente, da das Bundesbauministerium für das Treffen der Lehrenden am Folgetag auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung in die Gespräche einbezogen hatte.



Der hier dokumentierte 4. Hochschultag zeigt eine nochmalige Intensivierung der Vorbereitung und eine entsprechend systematisch gegliederte, effiziente und für beide Seiten lehrreiche Veranstaltung, die vor allem mit einer gemeinsamen Erklärung der Teilnehmenden zum Rahmenthema der Tagung erstmals ein gezielt nach außen kommunizierbares Ergebnis produzierte. So einigte sich die Vorbereitungsgruppe, ein mittlerweile auf nahezu 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft wie Praxis angewachsener Arbeitskreis, den Erfahrungen des 3. Hochschultages mit seinem doch sehr weiten inhaltlichen Spektrum folgend, darauf, nunmehr mit dem Titel „Wohnen und Stadtentwicklung“ ein Rahmenthema zu setzen, das gleichzeitig Vorgabe für schon im Vorfeld tagende Arbeitsgruppen und nachfolgend für die Werkstätten des Hochschultages Ausgangspunkte systematischer Konkretisierung bot. Den sich in diesem Zusammenhang engagierenden „Paten“ der einzelnen Arbeitsgruppen und Werkstätten bzw. Foren sei an dieser Stelle herzlich gedankt, auf die in dieser Dokumentation enthaltenen Berichte aus den Foren ist hinzuweisen. Die Gestaltung des Tagungsablaufes griff Anregungen des 3. Hochschultages auf, indem im Plenum weder längere Einzelvorträge noch große Podien im Vordergrund standen, sondern kleinere Gesprächsrunden Aspekte ansprachen, die in den Werkstätten vertieft werden konnten.

Die Abschlussdiskussionen im Plenum setzte erste Akzente für die zukünftige inhaltliche Orientierung, vor allem aus Sicht und Interesse der Praxis. Schließlich erlangte der Folgetag mit den schon traditionellen Treffen der Statusgruppen und einer nochmaligen größeren Werkstatt zu Anforderungen der Praxis an die Planungsausbildung zusätzliches Gewicht.

Die Begrüßung und Teilnahme des Staatssekretärs Gunther Adler am 4. Hochschultag belegt das weiterhin hohe Interesse und Engagement für das Format Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf Bundesebene. Aber auch die Länder, vertreten durch die Staatssekretäre Michael von der Mühlen (Bauministerium Nordrhein-Westfalen) und Michael Sachs (Behörde für Stadtentwicklung und Umweltschutz Hamburg), schließlich des Deutschen Städtetages mit Dezernent Hilmar von Lojewski zeigen, wie weit auf Praxisseite der Hochschultag mittlerweile als wichtige Bühne für die übergreifende Auseinandersetzung mit Fragen deutscher Stadtentwicklung gesehen wird. Dies spiegelt sich auf der Wissenschaftsseite in der Teilnahme von etwa 40 Professorinnen und Professoren als Repräsentanten aus den einschlägigen Universitäten und Hochschulen, mindestens ebenso vielen Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie schließlich der aktiven Teilnahme von mehr als 300 Studierenden.

Es sollte in diesem Zusammenhang herausgestellt werden, dass abgesehen von der konkreten Förderung der Tagung und eines zu deren Konzeption und Durchführung notwendigen Projektteams durch das Bundesministerium, das Engagement für den Hochschultag auf Wissenschafts- wie Praxisseite weitgehend ehrenamtlich erfolgt. Vor diesem Hintergrund wurde die Ankündigung des Staatssekretärs Adler und seiner Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht, Anke Brummer-Kohler, dass der Bund beabsichtigt, auch weitere Hochschultage finanziell als Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik fördern zu wollen, von allen Beteiligten überaus erfreut aufgenommen.

Komplementär hierzu hat die Wissenschaft den Wunsch des Ministeriums, sich eigeninitiativ für die Weiterentwicklung hochschulseitig getragener Veranstaltungen einzusetzen, bereits so konkret aufgenommen, dass am 20./21. November 2015 in Bochum erstmals ein „Hochschultag vor Ort“, konzipiert und organisiert durch die TU Dortmund, stattfinden wird.

Als Fazit auch der allseits positiven Resonanz auf den 4. Hochschultag darf erwartet werden, dass Hochschultage und die Kontinuität sichernden Dialoge und Arbeitsgruppenzusammenhänge in deren Vor- und Nachbereitung sich als Erfolgsgeschichte eigener Art im Sinne einer Bühne intensiver Diskurse und Kooperationen zwischen Praxis und Wissenschaft auf Dauer verstetigen werden.



Begrüßung: Der Hochschultag aus Sicht des Bundesministeriums

Staatssekretär Gunther Adler, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Am Montag begann die Woche für mich mit der Eröffnung des Konvents der Baukultur. Viele oder einige von Ihnen waren auch da; vielleicht sind Sie sogar in Berlin geblieben. Insofern ist das tatsächlich ein sehr schöner Spannungsbogen in dieser Woche, in der ich wirklich viel mit Bauen, Baukultur, mit Stadtentwicklung, also mit all den Fragen zu tun hatte, die Sie heute ganz komprimiert beschäftigen und die Sie diskutieren wollen.

Sie haben mich gefragt, warum der Begriff der Stadtentwicklung nicht mehr zum Namen des Ministeriums gehört. Ich will gern etwas dazu sagen: Ich saß mit in den Koalitionsverhandlungen im November/Dezember letzten Jahres. An dem Namen des Ministeriums habe ich keine Schuld, und dass da noch ein „S“ für die Stadtentwicklung reingepasst hätte, gebe ich zu. Das müssen wir beim nächsten Mal besser hinbekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin heute das erste Mal beim Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und auch an diesem Veranstaltungsort im alten Gasometer war ich vorher noch nicht. Das ist wirklich – wie man auf Neudeutsch so schön sagt – eine schöne location. Ich freue mich, dass Sie die Gelegenheit haben, nicht nur hier diesen schönen Ort zu erleben, sondern auch dieses sehr spannende Programm. Ich begrüße Sie sehr herzlich zum vierten Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Ich freue mich sehr, dass das Bundesbauministerium – so verkürze ich es jetzt einmal – und die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, die beiden Ausrichter dieser Konferenz, so viele Gäste hier begrüßen können. Das ist auch ein sehr großes Lob für die Organisatoren und alle, die sich an der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz beteiligen.



Jetzt mache ich einmal etwas Ungewöhnliches, aber man sollte es wahrscheinlich viel öfter machen: Ich danke jetzt einmal den beiden in meinem Haus, die ganz maßgeblich zum Gelingen dieser Konferenz beigetragen haben: Oliver Weigel und Almuth Draeger. Herzlichen Dank, dass Sie sich so engagiert haben! Ich wünsche Ihnen ganz besonders gutes Gelingen. Die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigen schon, dass das Programm und die Tagungskonzeption gelungen sind. Das ist für einen wie mich immer ein bisschen traurig. Man kommt voll Freude und begrüßt und trifft viele bekannte Gesichter und tauscht sich aus. Dann liest man sich noch einmal das ganze Programm durch und sagt: Schade, dass der ganze Tag schon wieder verplant ist. Wie gerne wäre ich noch geblieben und hätte mich an den Diskussionen beteiligt. Aber meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mir hinterher berichten, was alles diskutiert worden ist.

Es ist nun mal so bei solchen Veranstaltungen, die mit viel Mühe geplant werden: Niemand kommt, wenn das Programm nicht interessante Diskussionen, die wir auch hier erwarten, verspricht. Aber ich bin sicher: Hier wird niemand enttäuscht werden bei diesen hochrangigen Referentinnen und Referenten und den Themen, die sie sich alle vorgenommen haben. Also noch mal: Mein Dank gilt all jenen, die sich mit Tatkraft engagiert haben, um diesen vierten Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Wirklichkeit werden zu lassen.

Professorinnen und Professoren, wissenschaftlich Mitarbeitende, Studierende aus 25 Universitäten und Hochschulen – das allein, diese 25 Hochschulen zu koordinieren ist schon sehr aufwändig – haben diese Konferenz in einem intensiven Arbeits- und Diskussionsprozess vorbereitet. Dazu kommen natürlich die vielen Praktiker, die sich an den Podien und Foren beteiligen werden. Das Programm liest sich wirklich wie das ‚Who is Who‘ der deutschen Stadtentwicklung. Man ist leicht geneigt zu sagen: Wer hier nicht dabei ist und nicht auf dem Programm steht, der gehört nicht zu den Top-Twenty der deutschen Stadtentwicklung. Ich sage es nicht. Ich weiß, dann bekommen wir gleich wieder Beschwerden, warum man nicht eingeladen wurde. Trotzdem: Ich finde das Programm ausgesprochen beeindruckend. Ich bin sehr froh darüber, dass die Stadtentwicklung in Deutschland so vital ist.

Meine Damen und Herren, im Frühjahr 2013 hat ein rund 30-köpfiges Team der Vorbereitungsgruppe das Thema „Nachhaltig Wohnen – der Dialog von Wissenschaft und Politik“ als Kongresssthema ausgewählt.

Das Thema ist wirklich am Puls der Zeit. Es ist deshalb sehr gut, dass Sie sich spezielle Aspekte der Wohnungspolitik ausgesucht haben, anhand derer Sie die Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik diskutieren werden. Gute Politik braucht gute Wissenschaft. Zwar kann man auch ohne Daten, ohne Fakten und valide Informationen Politik machen, sofern man das dann Politik nennt. Da erinnere ich mich schon wieder an meinen Lebenslauf und an die DDR, aus der ich herkomme. Da hat man das versucht – mit allbekanntem Ergebnis. Aber, wie gesagt, gute Politik macht man so in der Regel nicht. Die Wissenschaft sollte sich deshalb selbst als Partner einer guten, einer seriösen Politik verstehen. Und das gilt genauso umgekehrt.

Die Stadtentwicklungspolitik in Deutschland ist hier in einer ausgesprochen glücklichen Lage. Wir haben eine so gute Wissenschaftslandschaft zu diesem Thema wie sonst nirgends in Europa. Auch unsere Stadtentwicklungspolitik braucht sich nicht zu verstecken. Seit 2014 spiegelt sich die Bedeutung der Stadtentwicklungspolitik im Bundeshaushalt endlich entsprechend wider. 700 Millionen Euro sind allein für die Programme der Städtebauförderung vorgesehen. Vorher hatten wir lediglich 455 Millionen Euro. Wenn wir diesen steilen Anstieg sehen, hinter den ich gerne mehrere Ausrufezeichen setze, dann sehen wir: Die Zeichen der Zeit sind hier erkannt worden. Endlich wird wieder den Herausforderungen Rechnung getragen, die unsere Städte bewältigen müssen. Ich freue mich deshalb sagen zu können: So gut wie heute war die Städtebauförderung in Deutschland noch nie ausgestattet. Wenn man entsprechende Finanzmittel hat, dann stellt sich natürlich gleich die Frage: Was wollen wir damit finanzieren? Dazu bedarf es auch des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Wir brauchen diesen Dialog – gerade weil Deutschland im Bereich Wohnungsbau vor großen Herausforderungen steht, denen wir uns stellen müssen.

Politik und Praxis haben einen großen Bedarf an Erkenntnissen darüber, wohin hier die Reise eigentlich geht und wie wir unsere Instrumente, also Recht bzw. Rechtsetzung, Geld, Forschung oder schlicht die Informationsbereitstellung, verändern müssen.

Ich möchte hier exemplarisch drei Themenfelder aufgreifen, die für das Bundesbauministerium von besonderer Bedeutung sind:

Erstens die Auswirkungen des demografischen Wandels: Der Anteil Älterer an der Bevölkerung steigt stetig. Das ist erst einmal sehr zu begrüßen.

Wir freuen uns darüber. Die Vitalität der Älteren in unserer Gesellschaft nimmt erheblich zu. Aber es nimmt auch der Bedarf an altersgerechten Wohnungen zu. Wir müssen also hier bald zügig reagieren, eigentlich sind wir schon zu spät dran. Das muss nachgeholt werden. Bis zum Jahr 2030 brauchen wir nach einer Studie der prognos AG knapp 3 Millionen altersgerechte Wohnungen. Ich sagte gerade bis zum Jahr 2030. Das klingt, insbesondere für die Jüngeren unter Ihnen, noch weit hin. Wenn wir aber schauen, wie Planungsprozesse in Deutschland verlaufen, dann ist das übermorgen, vielleicht – gefühlt – schon morgen, bis wir diese 3 Millionen Wohnungen brauchen. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen wir uns also erheblich anstrengen.

Einen ersten Schritt haben wir dabei getan, indem wir zum 1. Oktober 2014 die Zuschussförderung des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“ wieder eingeführt haben. Gut 134.000 Wohnungen wurden bisher altersgerecht gebaut. 134.000 Wohnungen mit einem Milliarden-zuschussvolumen. Wir brauchen aber 3 Millionen altersgerechte

Wohnungen – da sehen wir, welche Lücke da noch klafft. Trotzdem sage ich: Wir haben einen guten Anfang gemacht. Aber angesichts des erwähnten Bedarfs auch nicht mehr. Weitere große Schritte müssen folgen.

Wie genau wir mit dem demografischen Wandel unserer Gesellschaft umgehen sollen, ist eine zentrale Frage für den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Ich will gerne noch einfügen: Im Moment kommen wieder viele Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Die nimmt man so nüchtern hin und legt sie weg. Und dann holt man sie doch noch mal hervor und sieht sie sich genau an. Wenn wir uns die Alterung der Gesellschaft anschauen, zum Beispiel die Zahl derer, die über 65 Jahre alt sind, die oftmals durchaus wegen einer stärkeren Vitalität in dieser Generation auch arbeitswillig sind, dann müssen wir schauen: Welche Auswirkungen hat das auf einen zukünftigen Arbeitsmarkt, wenn wir heute über Rente mit 63 Jahren reden? Wie bringen wir die Arbeitsprozesse in den Unternehmen und die Arbeitsbereitschaft zusammen? Wenn wir schauen, wie die Rentenentwicklungen sind – diese Zahlen



kamen gerade im November 2014 – sehen wir, dass die Renten erheblich sinken werden und die Gefahr von Altersarmut in unserer Gesellschaft enorm zunehmen wird, gerade bis zu den Jahren 2030, 2040. Dann fragen wir natürlich auch, welche Folgen es haben wird, wenn die Altersarmut steigt: Wer zahlt eigentlich die Mieten dann noch bei steigenden Mieten und einer Quadratmetergröße der Durchschnittswohnungen, die von 32 qm in den 60er Jahren auf heute 55 qm gestiegen sind? Müssen sie z. B. kleiner sein als heute? Wie werden ältere Menschen wohnen – und wie wollen sie leben? Wie passen wir unsere Städte und Stadtviertel den Bedürfnissen auch dieser Altersgruppe an?

All das in Einklang zu bringen, kann der Politik nicht allein gelingen. Da bedarf es sehr gründlicher Diskussionsprozesse, sehr gründlicher Analysen und eines gemeinsamen Vorgehens, um hier solide, handfeste Antworten zu finden und Planungen entwerfen zu können.

Ein zweites Thema möchte ich gerne aufgreifen, das einem immer sehr flott und sehr leicht über die Lippen kommt: smart city lautet hier das Stichwort. Derzeit besteht in den Kommunen große Unsicherheit, ob und wie und wann mit diesem Thema umgegangen werden soll. Das BBSR – das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung – wird auch vor diesem Hintergrund im Jahr 2015 einen Forschungscluster zu dieser Frage starten. Wir müssen besser verstehen, wie der Megatrend der Digitalisierung sich konkret auf die Zukunft städtischer Räume auswirkt. Um Ihnen nur einige Fragen dazu zu nennen:

Was können smart oder hightech cities im Gegensatz zu heutigen lowtech cities leisten? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich daraus? Mit welchen Kosten und Risiken für Bürger und Unternehmen müssen wir dabei rechnen?

Die Frage der Digitalisierung hat schon heute klar erkennbare Auswirkungen. Der öffentliche Raum verändert sich, und auch die Zivilgesellschaft organisiert sich heute in Städten anders. Das macht sich auch beim Thema Bürgerbeteiligungsprozesse, bei den Bedürfnissen der Bürger nach mehr und nach sehr frühzeitiger Einbindung bemerkbar. Auch das hat etwas mit Digitalisierung in der Gesellschaft zu tun. Und wenn wir über smart cities reden – ich glaube, gerade von Ihnen werden das viele als ein spannendes, als ein offenes Zukunftsthema begreifen – müssen wir in den Diskussionsprozessen, die wir gemeinsam führen werden, auch die Ängste der Bevölkerung aufnehmen, auch die

Ängste der älteren Menschen in der Gesellschaft, die sich zunehmend von diesen Entwicklungen, die natürlich viele Freiheiten, viele Möglichkeiten geben, ausgegrenzt fühlen. Sie sorgen sich, da nicht mehr mitzukommen. Wenn wir immer von vernetzter Umwelt, von vernetzter Stadt und Gesellschaft reden, dann müssen wir auch deutlich machen, welche Chancen darin liegen, auch für die ältere Generation.

Eine andere konkrete Herausforderung in diesem Bereich sind zum Beispiel die Auswirkungen des Online-Handels, der das Einkaufsverhalten der Menschen grundlegend verändert. Von den Warenhäusern der ehemals vier großen Warenhausketten in Deutschland – Horten, Kaufhof, Hertie und Karstadt – bestehen von 330 Warenhäusern, die es im Jahre 1990 noch gab, jetzt noch ungefähr zwei Drittel. Über einhundert sind geschlossen; weitere Schließungen sind bereits angekündigt. Fest steht, wenn Warenhäuser schließen, hat das ganz handfeste Auswirkungen auf die Entwicklung der Innenstädte. Daher haben wir uns gemeinsam mit dem Handelsverband Deutschland auf ein Forschungsprojekt mit dem Thema verständigt: Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Shopping auf Innenstädte, Stadtteile und Ortszentren.

Das hat natürlich auch große Auswirkungen auf die lokale Infrastruktur, auf die Verkehrsinfrastruktur. Zalando liefert die Schuhe nicht durchs Netz, die müssen durch Straßen und Städte transportiert werden. Jeder ist ganz begeistert, wenn er innerhalb von 24 Stunden sein Päckchen in der Packstation oder beim Nachbarn abholen kann. Aber was hat das tatsächlich für Auswirkungen auf Dichte im Verkehr? Auch das ist in den Blick zu nehmen zur Erforschung, damit Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam nach Antworten suchen, wie mit den Veränderungen menschen- und stadtverträglich umgegangen werden kann.

Eine dritte Herausforderung, über die ich sprechen möchte, ist die Energie- und Klimaschutzpolitik. Sie gehört zu den zentralen Fragen unserer Städte und Gemeinden. Wir alle wissen, dass Städte zu einem erheblichen Ressourcenverbrauch und zu einem erheblichen CO₂-Ausstoß beitragen. Gleichzeitig sind sie aber auch Zentren von Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung. Das BBSR wird sich hiermit im kommenden Jahr intensiv befassen. Hier stellt sich zum Beispiel die Frage, wie Klimawandel und demografischer Wandel zusammenwirken und welche Synergien und Konflikte sich hieraus für Kommunen ergeben. Oder wie sich Anpassungen an den Klimawandel

beim Stadtumbau berücksichtigen lassen. Hier muss ich es mal sagen: Es ist eine gute Idee gewesen, den Stadtentwicklungs- und Baubereich innerhalb der Bundesregierung mit dem Umweltbereich zusammenzulegen und in einem Ministerium zu bündeln. Wir haben intensive Wochen hinter uns, in denen wir gemeinsam in unserem Haus am Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 gearbeitet haben, wo es genau um diese Fragen ging: Wie können wir den CO₂-Ausstoß in Deutschland reduzieren? Da ist natürlich die Stadt im Mittelpunkt der Betrachtung, der Gebäudebestand, wo noch erhebliche Einsparziele zu erreichen sind.

Sie sehen an diesen ganzen Beispielen, warum Forschung zur Entwicklung von Lösungen für Menschen vor Ort so wichtig ist. Ich bin mir sicher, Sie alle könnten und werden vermutlich in den kommenden Stunden weitere gute Beispiele nennen.

Entscheidend ist, dass die Ergebnisse der Forschung schnell zu den Akteuren vor Ort gelangen, damit sie ihr Handeln genau daran orientieren können. Hier könnten wir, meine ich, alle noch besser werden. Hier liegt ein riesiger Wissensschatz vor uns, den wir gemeinsam heben sollten. Meine Damen und Herren, die Wohnungsmärkte haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Menschen in Deutschland ziehen verstärkt in die

Innenstädte. Das führt auch zu steigenden Mieten, vor allem in den Großstädten und den Metropolregionen in Deutschland. Nicht nur Menschen mit kleinem Geldbeutel, sondern auch zunehmend Familien mit durchschnittlichen Gehältern, auch die durchschnittliche Akademikerfamilie mit zwei Kindern, können sich steigende Mieten oft nicht mehr leisten und werden aus ihren angestammten Quartieren, in denen sie gerne leben möchten, vertrieben. Das gilt für die großen Städte. Das gilt für die Universitätsstädte. Das hat gesellschaftliche Folgen, zum Beispiel einen Verlust an Vielfalt und die Verdrängung mittlerer und kleinerer Einkommen aus der Stadt, die wir so nicht wollen können und die den sozialen Zusammenhalt in den Städten gefährden.

Das alles ist kein Grund für Defätismus. Glücklicherweise befindet sich die Wohnungsbautätigkeit seit ihrem Tiefpunkt im Jahr 2009, also dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise, wieder auf einem Wachstumskurs. Im Jahr 2013 wurden in Deutschland rd. 215.000 neue Wohnungen fertig gestellt. Das sind erhebliche sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Diese positive Entwicklung setzt sich glücklicherweise auch im Jahr 2014 fort. Auch im ersten Halbjahr stiegen die Baugenehmigungszahlen. Aber das ist längst noch nicht genug. Die Prognosen des Bundesinstituts für Bauwesen und Raumordnung gehen von einem bundesweiten Bedarf von jährlich 250.000 Wohnungen aus. Neubau ist hier eine richtige Antwort, aber sicher nicht die einzige. Wir brauchen mehr Investitionen vor allem im bezahlbaren Mietsegment.

Auf Bundesebene haben wir auf diese Herausforderung reagiert und haben ein Vorhaben, das bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden ist, in die Tat umgesetzt. Am 10. Juli 2014 wurde das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen. Bundesbauministerin Dr. Hendricks hat den Startschuss gegeben: 17 Institutionen sowie Vertreter aller föderalen Ebenen haben eine Bündniserklärung unterzeichnet. Das Bündnis führt Wohnungs-, Immobilien- und Bauwirtschaft sowie Mieterbund und alle föderalen Ebenen in einem Dialog zusammen. In den nächsten eineinhalb Jahren wollen wir in diesem Bündnis alle wichtigen Handlungsfelder des Wohnungsbaus aufgreifen. Dazu werden Kommissionen und Arbeitsgruppen gebildet, Experten werden eingebunden. Auch dies ist ein gutes Beispiel für eine konkrete Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Alle Maßnahmen werden am Ende in einem gemeinsamen Aktionsprogramm zusammengefasst. Es sollen für alle Akteure tragfähige Lösungen erarbeitet und nachahmenswerte Beispiele dargestellt werden.





Ich bin überzeugt, wenn wir auch hier eng zusammenarbeiten und die Kompetenzen aller Akteure einbinden, dann finden wir auch zukunftsweisende Lösungsansätze.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf dem Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kommen nun in diesem Jahr zum vierten Mal Wissenschaft und Praxis zum direkten Dialog zusammen. Der Hochschultag hat sich inzwischen als ein wichtiges Forum für diesen notwendigen Austausch etabliert. Ich wünsche mir sehr, dass sich diese wirklich gute Tradition auch mit weiteren Hochschultagen fortsetzt. Deshalb wollen wir den Hochschultag weiter finanziell unterstützen. Aber wir glauben, dass die Hochschulen bei der Weiterführung der Aktivitäten noch stärkere Verantwortung übernehmen sollen. Dass sie das können, davon bin ich fest überzeugt. Das zeigt sich auch in den von den Hochschulen getragenen inhaltlichen Vorbereitungen. Ich will noch einmal die Gelegenheit nutzen und meinen herzlichen Dank

sagen an alle, die an diesem direkten Dialog beteiligt sind. Sie tragen zu einer guten Entwicklung unserer Städte bei. Das Programm zeigt, dass vor Ihnen ein sehr produktiver Kongresstag liegt mit interessanten Diskussionen und sehr kenntnisreichen Referentinnen und Referenten. Ihnen allen wünsche ich einen sehr erfolgreichen Kongress mit guten Ergebnissen, mit sehr intensiven, lebhaften Diskussionen und mit Ergebnissen, die Sie alle in Ihren Alltag mitnehmen sollen, die Sie dann hoffentlich auch beim nächsten Hochschultag, zu dem ich sehr gerne wieder kommen möchte, aufgreifen und fortsetzen können. Insbesondere an die Jüngeren von Ihnen: Ich hoffe, Sie haben die Planung so hinbekommen, dass Sie nicht morgen schon wieder in Ihre Städte zurückreisen müssen, sondern dass Sie noch ein bisschen Berlin genießen können. Tun Sie das. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei diesem Kongress und viel Spaß hier in Berlin.

Danke sehr!

Stadtentwicklung und Wohnen – aktuelle Herausforderungen des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis

Zusammenfassung von Martin zur Nedden, Deutsches Institut für Urbanistik

Moderation:

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

Stadtplaner, DASL/IfR/
SRL/BDA

Podium:

Prof. Dr. Volker Eichener

EBZ Business School,
Bochum

Hartmut Hoferichter

Solingen,
Deutscher Städtetag

Hans Otto Kraus

GWG Städtische
Wohnungsgesellschaft
München mbH

Cilia Lichtenberg

Studierende Bauhaus-
Universität Weimar

Prof. Dr. Franz Pesch

Universität Stuttgart

Michael Sachs

Behörde für Stadtentwick-
lung und Umwelt, Hamburg

Frank Schulz

Wissenschaftlicher
Mitarbeiter TU Dortmund

In der einleitenden Podiumsrunde wurden die Themenblöcke

- aktuelle Situation des Wohnungsmarktes,
- die Wohnungspolitik in der Bundesrepublik,
- die Frage der Instrumente sowie
- der Verzahnung von Praxis und Universitäten

schlaglichtartig angerissen.

Michael Sachs machte deutlich, dass der Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik in erheblichem Maß von unterschiedlichen Entwicklungen gekennzeichnet ist. Es gibt nach wie vor Regionen mit Bevölkerungsrückgang und zudem wird sich in einigen, zur Zeit von Wachstum geprägten Städten und Regionen zum Ende des Jahrzehnts diese Tendenz abschwächen. Die Stadt ist wieder als Wohnstandort attraktiv. Ziel muss es sein, soweit möglich der Nachfrage durch Innenverdichtung Rechnung zu tragen, und dabei die bestehenden Qualitäten zu erhalten.

Prof. Franz Pesch wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte deutlich gemacht haben, dass der „Markt“ die Verhältnisse nicht zufrieden stellend regelt und dass einige der aktuellen Probleme durch eine kontinuierliche Schaffung preiswerten Wohnraums in den letzten Jahrzehnten hätten vermieden werden können.

Vor dem Hintergrund der Münchner Situation unterstrich **Hans Otto Kraus** die Bedeutung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und der Genossenschaften bei der Gewährleistung ausreichend preiswerten Wohnraums sowie des von der Stadt München entwickelten Instruments der „sozialen Bodenordnung“.

Auch **Cilia Lichtenberg** bekräftigte aufgrund ihrer Kenntnisse aus Leipzig die wichtige Rolle kommunaler Wohnungsbauunternehmen in der aktuellen von steigender Nachfrage geprägten Wohnungsmarktsituation.

Aus Sicht von **Frank Schulz** darf in der aktuellen Debatte die Frage der Zukunft der Bestände nicht außer Acht gelassen werden. So bedarf das Problem der Reduzierung übermäßigen Wohnungsleerstandes in zahlreichen Städten der Aufmerksamkeit. Gleiches gilt z.B. für die energetische Ertüchtigung der Gebäude und ihre Auswirkungen auf die Miethöhe. Die Quartiersebene ist nach seiner Erfahrung bei vielen Herausforderungen als räumliche Bezugsgröße für Planungen und Maßnahmen wichtig.

Im Hinblick auf die Wohnungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte kritisierte **Prof. Dr. Volker Eichener** die Mittelkürzungen in der Wohnungsbauförderung und die Reduzierung steuerlicher Vergünstigungen. Er fordert für die wachsenden Regionen Deutschlands eine neue Wohnungsbauoffensive durch Verbesserung der Rahmenbedingungen, zum Beispiel die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Neben neuen Impulsen für den Wohnungsmarkt sei auch die Schaffung weiterer Instrumente für einen zielgerichteten Rückbau in schrumpfenden Regionen unabdingbar.

Hartmut Hoferichter betonte zum einen, dass auf der kommunalen Ebene die eigenen Wohnungsbauunternehmen für die Wohnungspolitik eine zentrale Rolle übernehmen. Zum anderen thematisierte er den Aspekt der Gewährleistung von Qualität im Wohnungsbau, der nach seiner Wahrnehmung angesichts der primär von der Frage der Schaffung von Quantitäten bestimmten Diskussion aktuell zu wenig gewürdigt wird.

Es bestand weitgehend Übereinstimmung, dass bereits umfangreiche Kenntnisse zu Wohnungsmarkt und zum Wohnungsbau vorliegen. **Michael Sachs** konstatierte allerdings, dass aus seiner Sicht der politische Raum seine Einwirkungsmöglichkeiten überschätzt. Wirksamstes

Instrument sei ein Bündnis der Akteure. In diesem Bündnis müsse die öffentliche Hand ihre Ziele deutlich formulieren. Gleichzeitig müsse sie aber auch Impulse setzen, zum Beispiel durch die Gewährung von Wohnungsbauförderungsmitteln und den Abbau unnötiger Hemmnisse. Dazu zählte er langwierige Baugenehmigungsverfahren, Umgang mit der Stellplatzpflicht oder auch den Umgang mit Altlasten.

Prof. Franz Pesch unterstrich die Bedeutung einer kommunalen Bodenpolitik. Neben anderen Effekten stellt sie auch ein wirksames Instrument strategischer Stadtentwicklung dar. Er plädierte für die Durchführung von Reallaboren, in denen integrierte Handlungsansätze gemeinsam von Praxis und Hochschulen erprobt werden können. Hier sei ebenfalls das Quartier die richtige räumliche Ebene. Das Zusammenwirken von Forschung, Lehre und Praxis bedarf laut Hans Otto Kraus noch einer erheblichen Verstärkung. Trotz punktueller guter Erfahrungen in der Kooperation seines Unternehmens und der TU München leben nach seiner Einschätzung

Praxis einerseits und Hochschulen andererseits überwiegend in Parallelwelten.

Cilia Lichtenberg und Frank Schulz relativierten diese Einschätzung mit dem Hinweis, dass es eine Reihe von Ansätzen verstärkter Zusammenarbeit in Forschung und Lehre gäbe und gerade der Mittelbau an den Hochschulen durchaus Kontakte zur Praxis habe. Auch die Workshops im Vorfeld des Tages seien gute Beispiele.

Professor Dr. Volker Eichener erläuterte am Beispiel der EBZ Business School die dort gegebene Verzahnung von Wissenschaft und Praxis sowie die Bemühungen um die Förderung der Interdisziplinarität. Aus Sicht der Kommunen ist laut Stadtdirektor Hartmut Hoferichter schon angesichts der stark begrenzten personellen Ressourcen eine noch stärkere Verzahnung von Praxis und Hochschulen wünschenswert. Durch sie können zum Beispiel durch die Zusammenarbeit bei konkreten Projekten Impulse ausgehen und Innovationen gefördert werden.



Stadtentwicklung und Wohnen als Ausbildungsgegenstand und Thema von Nachwuchsforschung

Kurzfassung von Prof. Dr. Heidi Sinning, FH Erfurt

Moderation:
Prof. Dr. Heidi Sinning
FH Erfurt

Britta Hüttenhain
Universität Stuttgart

Jakob Köppel
Studierender TU Berlin

Achim Schröder
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter Bauhaus-
Universität Weimar

Das Podium thematisierte die Perspektive der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen sowie der Studierenden auf das Thema Wohnen und Lehre in Verknüpfung mit Praxis und Wissenschaft. Dazu bezogen drei Vertreter/innen stellvertretend für die vielen Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und Studierenden an den Planungshochschulen-Position:

Dr.-Ing. **Britta Hüttenhain** als Akademische Oberrätin am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart, Regierungsbaumeister **Dipl.-Ing. Achim Schröder** als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bauhaus-Universität Weimar und **Jacob Köppel (B.Sc.)** als Vertreter der Bundesfachschaft für Stadt- und Raumplanung sowie als Masterstudent am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin.

Prof. Dr. Heidi Sinning moderierte als Professorin für Stadtplanung und Kommunikation, Leiterin des Forschungsinstituts ISP und gleichzeitig Gründungs-Studiendekanin der Fachrichtung Stadt- und Raumplanung an der FH Erfurt das Podium.

Das Podium war auf Anregung von wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen, die an der Vorbereitung des Hochschultages beteiligt waren, entstanden. Sie haben auch Meinungen zum Thema Wohnen und Lehre an Planungshochschulen eingeholt, die in die Diskussion einfließen. Das im Herbst 2014 stattgefundene PIT – PlanerInnen-Treffen in Erfurt und Weimar (Bundesfachschaftenkonferenz der Stadt- und Raumplanungsstudiengänge im deutschsprachigen Raum) hatte zudem durch einen Workshop ergänzende Erkenntnisse erbracht.



Wohnen ist ein interdisziplinäres Thema – wie wird die Interdisziplinarität in Lehre und Forschung an den Hochschulen aufgegriffen?

In den Planungsstudiengängen werden verschiedene Perspektiven auf das Thema Wohnen beleuchtet. Diese umfassen beispielsweise städtebauliche, immobilienwirtschaftliche oder wohnsoziologische Aspekte. Neben dem Erwerb von Grundkenntnissen bestehen für Studierende zusätzlich Möglichkeiten, das eigene Ausbildungsprofil z. B. durch Wahlfächer und Abschlussarbeiten thematisch zu schärfen.

Reallabore, in denen gemeinschaftliche Kooperationsprojekte mit Studierenden, Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen sowie Praxispartnern realisiert werden, stellen auch eine Möglichkeit zur Überwindung von Disziplingrenzen dar, die noch gestärkt werden könnte. Die Zusammenführung unterschiedlicher Disziplinen stärkt die Ausbildungsqualität grundlegend.

Beispiel Spannungsfeld Immobilienwirtschaft und Wohnsoziologie – In welcher Weise werden die beiden Perspektiven auf Wohnen, die durchaus konträr sind, u.a. beim Thema der Gentrifizierung an den Planungshochschulen diskutiert?

Vielfach werden Praxispartner verschiedener Perspektiven an die Hochschule eingeladen. Dennoch fehlt auch dabei noch eine zufriedenstellende Anbindung an die Planungsrealität, weshalb auch künftig weiter an Praxisbezügen gearbeitet werden muss.

Herr Köppel, der mit Kommilitonen der TU Berlin eine Umfrage im Rahmen des Studienprojekts „Stadtplanung heute – Stadtplanung morgen. Eine Berufsfeldanalyse“ durchgeführt hat, berichtete, dass das Arbeitsfeld Wohnen von berufstätigen Planer/innen in den „klassischen“ Berufszweigen wenig besetzt ist. Mehr Bedeutung kommt den Themenbereichen zu, die das Wohnungswesen prägen oder von diesem beeinflusst werden, so zum Beispiel die Bauleitplanung sowie die Erstellung von Konzepten und Entwürfen. Diese Erkenntnis wirkt sich auch auf die geforderten inhaltlichen Qualifikationen der Studierenden aus.

Insbesondere für kleinere Kommunen spielen Aufgabenfelder wie Stadtumbau oder Innenentwicklung, in denen sich auch das Thema Wohnen widerspiegelt, eine aktuelle Rolle. Diese Themen werden an vielen Hochschulen thematisiert. Die Rückkopplung an die Praxis könnte jedoch innerhalb von Studienprojekten gestärkt werden.

Letztlich sind sowohl die Vermittlung von Kenntnissen über Wirkungsweisen der gelehrten Instrumente als auch deren Anwendung in der Planungsrealität ausbaufähig. Die Umfrageergebnisse zeigen zudem, dass der Bedeutung des Themas Wohnen nicht nur in der kommunalen Praxis in den letzten Jahren wenig Beachtung geschenkt wurde. Demnach sollte das Thema Wohnen in der Planerausbildung wieder stärker in Lehrveranstaltungen berücksichtigt werden.

Zusammenarbeit zwischen Praxis und Hochschule – Was kann von den Hochschulen nach außen, an die Praxis getragen werden?

Positiv zu bemerken ist, dass viele Wissenschaftliche Mitarbeiter/innen heute Praxiserfahrungen mitbringen. Dennoch sollten Praktiker/innen weiterhin verstärkt an die Hochschulen eingeladen werden, um mit den Studierenden die (oftmals konträren) Handlungslogiken einzelner Akteure zu diskutieren. Zusätzlich stellt ein verstärkter Fokus auf angewandte Forschung einen konstruktiven Beitrag zur Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis dar.

Nicht zuletzt stellt die Forschung, laut der studentischen Umfrage, ein nicht unerhebliches Arbeitsfeld für die Absolventen/innen dar.

Lehrveranstaltungen sowie Studien- und Forschungsarbeiten bieten aber auch die Chance die Berufspraxis weiterzuentwickeln, denn zum einen können an den Hochschulen in Lehre und Forschung Themen aufgegriffen, die für die Praxis noch nicht „reif“ oder „unbequem“ sind und zum anderen können Entwicklungen systematisiert und reflektiert werden, wozu in der Praxis die Ressourcen fehlen.

„Zukunft weiter denken“ – Welche Herausforderungen müssen schon heute weiter gedacht werden?

Das Thema demografischer Wandel beschäftigt aktuell viele Kommunen. Insbesondere die damit verbundenen Fragen nach dem praktischen Umgang und den konkreten Auswirkungen sind in die Lehre noch unzureichend implementiert. Auch die Anpassung an den Klimawandel und der Klimaschutz sind sehr bedeutsam. Nicht zuletzt zählt zu den künftigen Herausforderungen aber auch der sozialer Wandel durch wachsende Disparitäten zwischen Arm und Reich sowie die Gefahr der Gentrifizierung. Wissenschaft und Lehre müssen angesichts dieser Herausforderungen gemeinsam mit der Praxis „Zukunft weiter denken“ und die Disziplin der räumlichen Planung auf die kommenden Aufgaben vorbereiten.

Erfahrungen und Perspektiven des Dialogs von Wissenschaft und Praxis in Lehre und Forschung

Frauke Burgdorff, Montag Stiftung Urbane Räume gAG

Moderation:

Frauke Burgdorff

Montag Stiftung, Bonn

Staatssekretär

Michael von der Mühlen

Ministerium für Bauen,
Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr Nordrhein-
Westfalen

Prof. Christa Reicher

TU Dortmund

Die Stadtplanung ist ein Gestaltungsfeld, das auf die Erkenntnisse vieler Wissenschaften zurückgreifen muss. Und doch ist das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis nicht immer freundschaftlich und entspannt, vor allem nicht immer effektiv und nützlich für beide Seiten. Die Vorurteile, dass „die Wissenschaft“ verkopft und abgehoben und „die Praxis“ unreflektiert und politisch gesteuert sei, ließen sich aber in dem intensiven Gespräch mit Prof. Christa Reicher und Staatssekretär Michael von der Mühlen nicht erhärten. Vielmehr war die Konsequenz, dass Forschung und Praxis dann gut miteinander zusammen arbeiten, wenn sie nicht übereinander reden sondern miteinander daran arbeiten, die großen Fragen der Stadtplanung, des Städtebaus und der Stadtentwicklung gemeinsam zu bearbeiten, die – so betonten beide Diskutanten – einen Grad an Komplexität erreicht haben, der eine enge Zusammenarbeit zwingend notwendig macht.

Dass dieser Dialog gelang, wird auch an den beiden Gesprächspartnern gelegen haben, vereinen sie doch wissenschaftliches Denken und praktische Expertisen in ihren Personen. Christa Reicher ist Hochschullehrerin und städtebauliche Praktikerin, sie stellt Freiräume für Forschungsprojekte an der TU Dortmund und öffentliche Räume für Städte mit ihrem Büro Reicher Haase her. Michael von der Mühlen, hat als langjähriger Stadtbaurat und Stadtdirektor die Hochschulen immer wieder als Inspiratoren und Mitdenker für die eigene Praxis genutzt.

Die Einstiegsfrage der Diskussion war, in welchen Fällen aus dem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis etwas Neues oder Besseres entstanden ist und in welchen Fällen die potenziellen Partner besser unter sich gewesen wären.

Michael von der Mühlen hat in dem großen Forschungsvorhaben Städteregion 2030 die Erfahrung gemacht, dass





die Forschung den Blick der kommunalen Praktiker erweitern konnte auf die größeren, komplexeren Zusammenhänge: In welchem Umfeld finden Entscheidungen statt, welche vom Alltag überdeckten Steuerungsoptionen könnten besser genutzt werden? Und Christa Reicher hat gerade ein Graduiertenkolleg mit auf den Weg gebracht, an dem 12 Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen dazu forschen, wie Quartiere im Ruhrgebiet in Zukunft nachhaltig gestaltet werden können. Auftraggeber dafür war die regionale Wirtschaftsförderung, was natürlich Diskussionen zur Freiheit der Forschung mit sich gebracht hat. Was aber auch die Basis dafür war, dass nun u.a. Juristen, Städtebauer, Designer und Versorgungstechniker an einem Tisch sitzen.

Zukünftige Forschungen sollten zum einen das Fundament der Praxis, die Datenlage im Sinne eines umfassenden Raummonitorings verbessern und zum anderen dazu beitragen, Prozesse zu entwickeln, die Entscheidungen von hoher Komplexität überhaupt noch ermöglichen. Dabei könnte es sinnvoll sein, dass die Forschung die Praxis als Beobachtung- und Innovationsraum nutzt. Dabei muss allen Beteiligten klar ist, dass die Forschungsinstitutionen der Erkenntnis und nicht der Politikberatung verpflichtet sind.

Allerdings ist auch deutlich geworden, dass die Benchmarks oder Maßstäbe, die die Entwicklung von Forschung und Praxis maßgeblich steuern,



die kleinen Gräben und Missverständnisse zwischen Forschung und Praxis vergrößern könnten. Wenn Wissenschaftler/innen ihre Karrieren vor allem auf der Anzahl der international publizierten Artikel aufbauen, ist es wahrscheinlich, dass sie wenig Anreize haben, sich mit lokalen und spezifischen Fragen der Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Denn der internationale Vergleich hilft nur bedingt bei der Entwicklung einer eigenen, lokalen Strategie. Interessanter können da schon regionale Vergleiche und Analysen sein, die Inspirationen für die Praxis bergen, im Hochschulsystem aber nicht gleichermaßen hoch honoriert werden. Und doch gibt es gerade in der Stadtplanung eine Rückbesinnung auf interdisziplinäre Forschungen. Wichtig dabei ist allerdings, dass das in der Forschung generierte Wissen sowohl anderen Forschenden, aber auch den Praktikern in den Kommunen und Regionen zur Verfügung gestellt wird. Die Einrichtung einer solchen Transferstelle wäre ein großer Gewinn für lernende Prozesse und bessere Ergebnisse.

Der Blick auf die Perspektive des Zusammenwirkens von Wissenschaft und Forschung am Ende der Diskussion hat deutlich gemacht, dass es notwendig ist, dass die Stadtplanungsfakultäten im Blick behalten, dass sie Gestalter von Lebensräumen und Stadtstrukturen ausbilden und Forscher erziehen, die im besten Fall über Expertise für fundierte praktische Innovationen liefern.

Forum A „Die selbstgemachte Stadt“ NSP-Projekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“

Zusammenfassung von Prof. Dr. Dietrich Henckel, TU Berlin

Ansprechpartner
Dietrich Henckel,
Susanne Thomaier
TU Berlin

Daniela Karow-Kluge
RWTH Aachen

Moderation
Hanna Denecke
TU Kaiserslautern

Friederike Fugman
RWTH Aachen

Pascale Kaell
RWTH Aachen

Monika Spoerhase
Leibniz Universität
Hannover

Carina Tremmel
Leibniz Universität
Hannover

**Praxis- und
Hochschulpartner:**
Markus Bader
Raumlabor, Berlin

Joachim Boll
startklar.projekt.
kommunikation, Dortmund

Benjamin David
Urbanauten, München

Luise Flade
Urbanophil, Berlin

André Gaul
Freifunk, Berlin

Angelika Hildersperger
Miethäusersyndikat,
WohnSinn Aachen

Carsten Joost
RAW Kulturensemble,
Berlin

Lutz Kosack
Essbare Stadt Andernach

Michael LaFond
id 22: Institut für kreative
Nachhaltigkeit, Berlin

Das NSP-Projekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ ist eine Kooperation von zwölf Hochschulen im Bereich der Lehre. Kern des Projekts sind thematisch abgestimmte Lehrveranstaltungen an den beteiligten Hochschulen und eine gemeinsame, hochschulübergreifende Winter- oder Sommerschule. Beides steht jährlich unter einem wechselnden, gemeinsamen Rahmenthema – im Jahr 2013/14 war dies „die selbstgemachte Stadt“.

Im Panel wurden in zwei Fishbowl-Runden die Erkenntnisse aus den Lehrveranstaltungen und der Winterschule diskutiert. Im Fokus stand die Frage des Zusammenspiels von formaler Planung und selbstgemachter Stadt. Ausgangspunkt der Diskussionen war eine Charakterisierung selbstgemachter Projekte und die Gründe für ihr Entstehen.

Drei durchaus unterschiedliche Ausgangslagen wurden benannt: Erstens kann eine Unzufriedenheit mit einer gegebenen Situation Anlass zum Handeln sein, wenn z.B. individuelle Bedürfnisse im bestehenden System nicht gedeckt

werden. Als Gründe werden u.a. der Konflikt zwischen ökonomischen Zwängen und sozialen Zielen oder zu enge „Planungsbilder“ genannt. Die Unzufriedenheit kann sich auch in einem Akt des Widerstands äußern, so dass bestehenden Strukturen eigene, „selbstgemachte“ Ansätze entgegengesetzt werden.

Zweitens steht oft der Wille zum selbstbestimmten und unabhängigen Handeln hinter Initiativen der selbstgemachten Stadt. Es geht um das Recht der Bürger/innen, Stadt mitgestalten zu dürfen, eigene Ideen umzusetzen und in die Öffentlichkeit zu tragen. Im Gegensatz zu diesem freiwilligen und oft auch idealistischen Engagement, kann es drittens auch eine (wirtschaftliche) Notlage sein, die Menschen dazu zwingt, Alternativen jenseits der gängigen Markt- und Planungsmechanismen zu entwickeln.

Als grundlegende Handlungsprinzipien wurden Selbstorganisation und aktive Teilhabe sowie die Abkehr von Gewinnorientierung und eine neue Wertschätzung von





Allgemeingütern betont. Zugleich wurde anerkannt, dass die Arbeit im Interesse der eigenen Gemeinschaft/Gruppe dem Argument der Gemeinwohlorientierung gegenüber steht.

Auch sind die Chancen, sich aktiv in Initiativen und Projekten einzubringen ungleich verteilt. Es wurde mehrfach hervorgehoben, dass selbstgemachte Projekte gerade aufgrund ihres experimentellen, temporären und prozesshaften Charakters neue städtische Qualitäten freisetzen und Lerneffekte erzeugen können. Durch Experimente jenseits der bekannten und formalisierten Planungsabläufe können zudem Lücken zwischen den Disziplinen entdeckt und gefüllt werden.

Im Zusammenspiel zwischen selbstgemachten Projekten und formalisierter Planung wurden verschiedene Konflikte identifiziert. So wird die formalisierte Planung als zu langsam und bremsend wahrgenommen. Das Zusammenfügen der „selbstgemachten Welt“ und der „Planungswelt“ werde auch dadurch erschwert, dass Kommunen im Sinne der Daseinsvorsorge der Gesamtstadt verpflichtet sind und damit ein weiter gefasstes und ggf. langfristigeres Interesse im Blick haben, während



selbstgemachte Initiativen die Umsetzung ihrer Ziele und Vorstellungen in einem meist begrenzten Raum-Zeit-Gefüge im Fokus haben. Dies trifft zwar auch auf gewinnorientierte Bauvorhaben zu. Hier bieten erprobte, formale Prozesse allerdings einen Planungsrahmen, während durch selbstgemachte Initiativen oftmals genau dieser ausgehebelt wird. Es wurde hier gefordert, Planung sollte auch Provisorien zulassen, zumal die Ergebnisse professionalisierter und formalisierter Planung nicht immer qualitativ hochwertiger seien. Das Bild des allwissenden Planers und Gestalters müsse man in diesen Zusammenhängen überwinden, da die Profession des Planers hier zunehmend eine Schnittstellenfunktion mit moderierendem Charakter erfüllt. Dementsprechend sollten auch in der Planerausbildung Fähigkeiten in Moderation und Mediation geschult werden. Die Frage, wie viel Verantwortung tatsächlich an die Bürger/innen abgegeben werden sollte, wurde kontrovers diskutiert und die Relevanz des Fachwissens ausgebildeter Experten betont. Selbstgemachte Projekte stellen oft einen Mehrwert für das städtische Leben dar und sollten durchaus unterstützt werden. Ein Zusammenspiel von selbstgemachten Projekten und formalisierter Planung könne nach dem Prinzip des Förderns und Forderns angelegt werden.



Forum B „Region, Flächenvorsorge, Mobilität“ Zukunftsfähige Stadtregion! Wohnen-Arbeiten-Mobilität (WAM)

Eine interdisziplinäre Forschung an der TU München über wechselseitiges Entscheidungsverhalten

Input Wissenschaft

Dr. Agnes Förster,
Dr. Stefan Klug,
Prof. Dr. Alain Thierstein,
Prof. Dr.-Ing. Gebhard
Wulforth
TU München

Praxispartnern:

Dr. Gabriela Bloem
Regionalverband
FrankfurtRheinMain

Wolfgang Loke

Stadtplanungsamt Bochum

Ines Lüder

Leibniz-Universität
Hannover

Prof. Matthias Ottmann

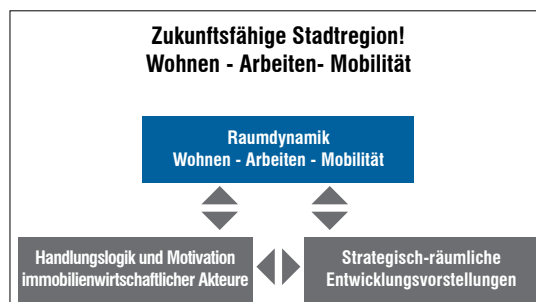
Südhausbau KG,
Honorarprofessor
an der TU München

Stefan Thabe

Stadtplanungsamt
Dortmund

Ausgangslage und Problem

Einige Metropolräume wie Hamburg, Düsseldorf-Köln, Frankfurt/Main, München rechnen auch in Zukunft mit einem starken und anhaltenden Wachstum an Arbeitsplätzen und Bevölkerung. Funktionale Zusammenhänge von Unternehmen und privaten Haushalten gehen weit über die Grenzen von Gemeinden, Landkreisen und Planungsregionen hinaus. In den meisten Metropolräumen wächst die Wahrnehmung, dass in dem Wachstumsraum auch die aktuellen Herausforderungen des Wohnens nur im größeren räumlichen Umgriff und gemeinsam gelöst werden können. Für eine zukunftsfähige Raumstruktur sind Angebote von Wohnen, Arbeiten und Mobilität eng aufeinander abzustimmen.



Die Planung allerdings kennt diese wechselseitige Dynamik nicht, nur unzureichend oder nimmt sie nicht zur Kenntnis. Ein wesentlicher Treiber der räumlichen Entwicklung ist das Standortwahlverhalten privater Haushalte. Die Organisation des Arbeitsalltags privater Haushalte spannt sich ganz wesentlich auf zwischen Wohnort, Arbeitsort und den dazwischen zurück gelegten Wegen, inklusive weiterer Funktionen wie Nahversorgung, Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Die Standortwahlentscheidungen privater Haushalte für Wohnen und Arbeiten sowie für ein bestimmtes Mobilitätsverhalten hängen wechselseitig voneinander ab und reagieren auf das Angebot – Arbeitsplätze, Bauland, Verkehrsangebote – welche die öffentliche Hand und private Unternehmen bereit stellen. In wachsenden Metropolräumen unterliegen Angebot und Nachfrage von Wohnen, Arbeiten und Mobilität Veränderungsprozessen, welche sich in Zukunft weiter beschleunigen. Die Veränderungen können aus drei sich wechselseitig beeinflussenden Perspektiven beschrieben werden:





- **Arbeitsmarkt und Unternehmen:** Unternehmen optimieren ihre Standorte entsprechend der Logik ihrer sich wandelnden unternehmensinternen und -externen Wertschöpfungsketten.
- **Wohnungssuchendes Individuum:** Die Wohnstandortentscheidungen privater Haushalte werden geprägt vom Wohnraummangel in wachsenden Metropolräumen. Dieser führt zu deutlichen Ausweichbewegungen zwischen gewünschten und realisierten Wohnstandorten.
- **Raumstruktur und Mobilitätsangebot:** Das gegenwärtige Mobilitätsangebot hat Einfluss auf die Veränderungen im Standortwahlverhalten privater Haushalte und Unternehmen. Aufgrund des starken Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstums zeigt sich eine heute und in Zukunft weiter steigende Mobilitätsnachfrage, die räumlichen Muster dieser Nachfrage ändern sich jedoch.

Räumliche Entwicklungstrends: Verstärkte wechselseitige Abhängigkeit

| Wohnen | Arbeiten | Mobilität |
|--|---|--|
| Knappheit Wohnungsangebot | Standortoptimierung der Unternehmen innerhalb EMM | Steigende Mobilitätsnachfrage innerhalb EMM |
| Steigende Wohnkosten | Räumlich differenziertes Wachstum der AP innerhalb EMM | Verstärkte Nachfrage nach tangentialen Wegebeziehungen innerhalb EMM |
| Verdrängungseffekte innerhalb EMM, Nachfrage nach zentralen Wohnstandorten | Flexibilität und Unsicherheit Arbeitsplatz > Strategie der Risikominimierung der AN | Steigende Mobilitätskosten |
| Ausdifferenzierung Lebensstile | Lebensstile mit veränderten Mobilitätspräferenzen | |
| Demografischer Wandel | Neue Arbeitswelten: Home Office und Office Space | |
| Multilokale Lebensform | | |

Der räumliche Bezug und die zeitliche Veränderungsdynamik von Wohnen, Arbeiten und Mobilität sind nicht kongruent, beeinflussen sich aber gegenseitig. In dem gegenwärtigen Standortwahlverhalten privater Haushalte wirken die drei Einflussgrößen spürbarer und wechselseitig aufeinander ein. Die Angebotsplanung von Wohnen, Arbeiten und

Mobilität in der Europäische Metropolregionen München (EMM) werden heute zwischen verschiedenen Kommunen und Landkreisen nur unzureichend koordiniert und auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen zu wenig abgestimmt. Die Hebel, die in der Koordination der Angebote von Wohnen, Arbeit und Mobilität für die Raumentwicklung liegen, werden unzureichend genutzt.

Untersuchungsdesign

Standortentscheidung privater Haushalte in der EMM

- Erfassen des **Moments der Veränderung** der **räumlichen Organisation** des Lebensalltags **privater Haushalte**
- Erhebung von **Wohn- und Arbeitsplatzentscheidungen privater Haushalte** in der EMM mit ihren Wechselwirkungen zum **Mobilitätsverhalten** als „revealed preferences“
- Gegenüberstellung **vorheriger, gewünschter und gefundener Standorte** des Wohnens und Arbeitens sowie Mobilitätsverhalten vor und nach Standortentscheidung
- Aussagen zu **Rekonzentration** und **Dekonzentration** von Wohnen und Arbeiten für Teilräume der EMM und für Nachfrager verschiedener Branchen und sozioprofessioneller Profile
- Ermitteln der relativen Bedeutung von **Zentralität, Wohnkosten, Mobilitätsangeboten** und **Mobilitätskosten** für Standortentscheidungen privater Haushalte

Folgende vier Hypothesen zu räumlichen Entwicklungstendenzen leiten die Forschungsarbeit:

- Ausbreitung in der Fläche
- Wachstum entlang von Verkehrsachsen
- Herausbildung einer polyzentrischen Raumstruktur
- Konzentration an zentralen Standorten.

Weitere Fragestellungen leiten unsere Untersuchungen. Hierzu gehören u.a.

Akteure der Transformation

Motivationslagen der Investierenden in den Wohnungsbau und ihre räumlichen Konsequenzen in Bayern

Welche **immobilienwirtschaftlichen Akteure** sind geeignete Partner, um wesentliche **Zukunftsaufgaben in bayerischen Städten und Regionen** zu bewältigen?

- **Räumliche Transformation bestehender Raumstrukturen** hin zu nachhaltigeren Wirtschaftsweisen und Lebensstilen, Umsetzung der Energiewende, Gestaltung des demographischen Wandels
- **Anpassung der Wohnungsbestands** an die Wohnanforderungen einer Vielgestaltigeren und älter werdenden Gesellschaft
- **Schaffung ausreichenden Wohnraums** in angespannten Wohnungsmärkten wachsender Städte und Regionen
- **Ergänzung des bestehenden Wohnangebots** und Sicherung der Attraktivität der Wohnstandorte in mittleren und kleinen Städten

Herausforderung > veränderte Akteure

Veränderungen der Akteure im Wohnungsbau

- Spezialisierung und Ausdifferenzierung entlang der Wertschöpfungskette
- Neue Investitionsvolumina kommen an den Markt
- Schleichende, aber stetige Umwandlung von Mietwohnungen in WEG
- Städte und Regionen suchen neue Partner
 - Wichtige Rolle öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften
 - Genossenschaften und Baugruppen als neue Zielgruppen
 - Suchen nach Konzepten für eine stärkere Förderung von Mietwohnungsbau



Zum Hintergrund der Forschungsarbeit:

*Die **Europäische Metropolregion München (EMM)** ist eine von derzeit elf Metropolregionen in Deutschland. Die EMM umfasst weite Teile des südbayerischen Raumes rund um die Planungsregion München mit deren Zentrum der Landeshauptstadt München.*

Die Metropolregionen wurden 1995 von der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) als räumliche und funktionale Standorte, deren herausragende Funktion im internationalen Maßstab über die nationalen Grenzen hinweg ausstrahlen, definiert. Sie gelten als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung.

Die Europäische Metropolregion München (EMM) ist die südlichste Metropolregion in Deutschland und eine von drei Metropolregionen, die ganz oder teilweise in Bayern liegen. Der räumliche Umgriff der EMM ist nicht abschließend festgelegt, deckt sich jedoch weitgehend mit dem Regierungsbezirk Oberbayern sowie Teilen der Regierungsbezirke Niederbayern und Schwaben.

Die Metropolregion München organisiert sich in dem Verein Europäische Metropolregion München e. V. (EMM). Mitglieder des Vereins sind die kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Unternehmen und weitere Vertreter aus Gesellschaft und Wissenschaft. Die Geschäftsstelle des Vereins hat ihren Sitz in München.

Der Verein Europäische Metropolregion München e. V. stellt eine Plattform zur freiwilligen, projektorientierten Zusammenarbeit regionaler Akteure in der Region dar. Durch gemeinsame Projektarbeit soll die überregionale

Kooperation verbessert und die Attraktivität Südbayerns als Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten und ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit soll eine Partnerschaft zwischen den ländlichen und verdichteten Räumen in der Region fördern und eine gemeinsame Identität schaffen.

Der Verein entstand aus dem Zusammenschluss der Initiative Europäische Metropolregion München, die am 8. Mai 2007 gestartet wurde, mit dem Verein Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area e. V., der bereits in ähnlicher Form seit 1995 bestand.

Die Ziele des Vereins Europäische Metropolregion München e. V. sind:

- *die Attraktivität der Region als Lebens- und Wirtschaftsraum zu sichern und auszubauen*
- *quantitativ und qualitativ nachhaltiges Wachstum in der Region zu fördern*
- *die Kernkompetenzen der Region durch bessere Kooperation und Vernetzung aller Akteure gemeinsam auszubauen*
- *die regionale Identität durch eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit und gemeinsame Interessensvertretung stärken*

Derzeit werden Projekte in folgenden Arbeitsgruppen erarbeitet und umgesetzt:

- *Wissen*
- *Wirtschaft*
- *Umwelt*
- *Mobilität*
- *Kultur und Sport*
- *Ländlicher Raum*

Forum C „Quartiersentwicklung“

Zusammenfassung von Prof. Dr. Uwe Altrock, Prof. Dr. Detlef Kurth, Prof. Dr. Heidi Sinning

Kernfragestellungen des Forums „Bezahlbares Wohnen und Quartiersentwicklung“ waren:

- Wie kann bezahlbares Wohnen in innerstädtischen Quartieren realisiert werden?
- Welchen Beitrag kann dazu die soziale Quartiersentwicklung leisten?
- Mit welchen Planungs- und Stadtentwicklungsinstrumenten können bezahlbares Wohnen und eine soziale Mischung unterstützt werden?

Die Wohnungssituation gewinnt in innerstädtischen Quartieren immer mehr an Bedeutung. Die derzeitige Nachfragesituation führt insbesondere in größeren Städten zu Angebotsengpässen mit teilweise extremen Auswirkungen auf das Preisniveau bei Neuvermietungen und Eigentumswohnungen. Diese Entwicklungen haben dramatische sozioökonomische Auswirkungen, die es in Deutschland in der beobachteten Zuspitzung lange Zeit nicht gab.

Dies zeigten auch die drei Referenten/innen aus Berlin, Leipzig und Gelsenkirchen auf:

Maria Berning, Referatsleiterin Städtebauförderung/Stadterneuerung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, machte deutlich, dass in Berlin als „Großstadt im Umbruch“ Stadterneuerungsinstrumente strategisch für eine soziale Stadtentwicklung eingesetzt werden. Dennoch können sich insbesondere Innenstadtquartiere der Dynamik steigender Mieten nicht entziehen. Die daraus mittelbar resultierenden sozialstrukturellen Veränderungen stellen die Ziele einer behutsamen Stadterneuerung immer mehr in Frage, so dass in der Fachwelt intensiv über die Zusammenhänge von Aufwertung und Gentrifizierung diskutiert wird. Inzwischen hat die städtische Wohnungspolitik reagiert, und nach einer langen Periode verschärfter Haushaltskonsolidierung werden wieder einige wenige

öffentlich geförderte Neubauvorhaben errichtet. Da die Rolle der Bestandspolitik im Zusammenhang mit dem derzeit verfügbaren und wirksamen Instrumentarium nur sehr eingeschränkt dazu in der Lage ist, dauerhaft preiswerten Wohnraum in der Innenstadt für weniger zahlungskräftige Haushalte zur Verfügung zu stellen, kommt weiteren Instrumenten zur Ankurbelung des Wohnungsneubaus und der Begrenzung von Mietpreissteigerungen eine zentrale Rolle zu.

Karsten Gerkens, Amtsleiter für Stadterneuerung und Wohnbauförderung in Leipzig, ging unter dem Motto „Renaissance einer schrumpfenden Stadt?“ auf Stadtumbaumaßnahmen für eine Reurbanisierung ein. Er zeigte, dass Initiativprojekte wie Selbstnutzer oder Zwischennutzungen inzwischen sehr erfolgreich sind. Leipzigs Einwohnerzahl wächst, und die Stadterneuerungspolitik muss sich auf einen Aufwertungsdruck in der Innenstadt umstellen.

Janine Feldmann, stellvertretende Leiterin der Koordinierungsstelle Stadterneuerung in Gelsenkirchen, zeichnete den „sozialorientierten Stadtumbau im Strukturwandel“ nach. In einer sozial polarisierten und schrumpfenden Stadt im Ruhrgebiet liegen die Schwerpunkte völlig anders. Verstetigung und Sozialraummonitoring kommen als zentrale Instrumente einer vorsorgenden Stadtteilentwicklung eine besondere Rolle zu. Außerdem setzt eine städtische Stadterneuerungsgesellschaft Instrumente wie Rückbau, Eigentümeraktivierung und Zwischenerwerbe ein.

Zuvor hatte **Prof. Dr. Heidi Sinning** einleitend einen Überblick zu Strategien und Instrumenten für bezahlbares Wohnen und soziale Mischung in innerstädtischen Quartieren gegeben. **Prof. Dr. Uwe Altrock** und **Prof. Dr. Detlef Kurth** moderierten die anschließenden Fachdiskussionen.

Gastgeber:

Prof. Dr. Uwe Altrock
Universität Kassel

Prof. Dr. Detlef Kurth
Universität Stuttgart

Prof. Dr. Heidi Sinning
FH Erfurt

Praxispartner:

Maria Berning
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin

Karsten Gerkens
Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbau-förderung, Leipzig

Stefan Rommelfanger
Stadterneuerung, Gelsenkirchen

Auf der Grundlage von Thesen wurden mit den Teilnehmenden gemeinsame Positionen erarbeitet, sie sind im Folgenden dokumentiert:

Thesen

1. Die kommunale und nationale Stadtentwicklungspolitik sollte eine aktivere Rolle dabei spielen, bezahlbare und bedarfsorientierte Wohnangebote insbesondere in innerstädtischen Quartieren bereitzustellen. Sie sollte verstärkt Instrumente der Bodenpolitik (u.a. bevorzugte Vergabe von Grundstücken an kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Baugruppen) und der sozialorientierten Quartiersentwicklung (Durchmischung der Quartiere, u.a. durch Belegungspolitik, Kooperation mit Wohnungsunternehmen, Erhaltungssatzungen), aber auch Instrumente für schrumpfende Städte, wie Selbstnutzerprogramme und Wächterhäuser, einsetzen und weiterentwickeln.
2. Die Stadtentwicklungspolitik sollte Gentrifizierungs- und Segregationsprozessen entgegenwirken, indem sie bezahlbares Wohnen sowie Wohnqualität fördert und dabei zur sozialen und funktionalen Durchmischung beiträgt. In Sanierungsgebieten kann über Belegungsbindungen die Mieterauswahl beeinflusst werden. Im Zusammenhang mit Elementen der sozialorientierten Boden- und Wohnungspolitik können ergänzende Neubauten in Bestandsquartieren einen gewissen Beitrag dabei leisten, dass dezentral preiswerte Bestände neu geschaffen werden. Bei Energiekonzepten ist zu beachten, dass keine soziale Verdrängung durch energetische „Luxus-Sanierung“ befördert wird. Um in allen Stadtquartieren eine hohe Lebensqualität zu erreichen, ist insbesondere die Gestaltung eines attraktiven Wohnumfeldes in Gebieten mit überwiegend einkommensschwachen Haushalten nötig.
3. Wohnungspolitischen Engpässen kann begegnet werden, wenn eine konsequente Bestandspolitik mit den Instrumenten der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik verknüpft wird, z. B. die Förderung preiswerter Neubauquartiere mit möglichst guter sozialer und funktionaler Mischung sowie unterschiedlichster Trägerschaft. Preiswerte Bestände können insbesondere in Sanierungsgebieten bewahrt werden, wenn moderate Aufwertungsansätze mit Instrumenten wie Miet- und Belegungsbindung sowie Milieuschutzsatzung abgesichert werden. Außerdem sind auch Experimentierfelder, „Low-Level-Sanierungen“ und Prozess-Kreativität zu ermöglichen.





4. Die Wissenschaft sollte die Anstrengungen der Stadtentwicklungspolitik für mehr bezahlbares Wohnen und Wohnqualität insbesondere für einkommensschwache Haushalte mit entsprechender theoretischer und angewandter Forschung unterstützen. Dabei sollte ein Schwerpunkt auf Wirkungsuntersuchungen von Steuerungsinstrumenten, Programmevaluation und Good-Practice-Auswertungen gelegt werden.
5. Die Stadt- und Raumplanungsausbildung sollte die Themen einer sozialorientierten Wohnungspolitik und Quartiersentwicklung verstärkt



als Querschnittsthemen in Studiengangs-Modulen und Studienprojekten verankern. Insbesondere Themen wie Immobilienwirtschaft, Sanierungsrecht und Bodenpolitik sollten umfassender vermittelt werden. Ziel ist dabei ein an aktuellen Problemstellungen orientiertes, wissenschaftlich kritisch reflektierendes und zugleich praxisnahes Studium. Die Praxispartner der Stadtentwicklungspolitik sollten durch eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen zu einem solchen problemzentrierten und gesellschaftlich verantwortlichen Studium beitragen.



Forum D „Wohnungsneubau und soziale Folgen“

Zusammenfassung von Prof. Dr. Eberhard von Einem, TU Berlin

Gastgeber

Prof. Dr. Eberhard v. Einem
TU Berlin, Center for
Metropolitan Studies

Hochschulpartner:

Dr. Arnt v. Bodelschwingh
RegioKontext, Berlin

Dr. Martin Vaché

Institut Wohnen und
Umwelt, Darmstadt

Praxispartner:

Dorothee Dubrau
Bürgermeisterin und
Beigeordnete für Stadtent-
wicklung und Bau, Leipzig

Dr. Bernd Hunger

GdW, Berlin

Mathias Klipp

Beigeordneter, Potsdam

Zum Forum D „Wohnungsneubau und soziale Folgen“ waren drei Wissenschaftler und drei Experten aus der Praxis geladen, um Chancen und Restriktionen zu erörtern sowie Hinweise zu geben, wie die Engpässe des Wohnungsmarktes zu beseitigen bzw. zu mindern sind, die in den letzten Jahren vor allem einkommensschwache Haushalte in den wachsenden Großstädte und in einige Universitätsstädte plagten.

Die Diskussion war hochkarätig und spannend, weil sie – ohne lange Einführung und ohne vage Appelle an die soziale Verantwortung der Politik – direkt auf die ökonomischen Kernprobleme des Wohnungsmarktes zusteuerte. Es bestand schnell Einigkeit darin, dass die gegenwärtige Schieflage des Wohnungsmarktes nicht mittels neuer sozialer Förderprogramme korrigierbar sei, solange die politischen Prioritäten landesweit auf der Sanierung der öffentlichen Haushalte liegen. Derzeit lassen die alles dominierenden Einsparungen der öffentlichen Haushalte sowohl dem Bund, wie den Ländern und Kommunen kaum finanzielle Spielräume, um mehr für den sozialen Mietwohnungsbau zu tun. Diese Restriktionen, die letztlich alle auf Breitenwirkung zielende Wohnungsinitiativen blockieren, seien in absehbarer Zeit nicht änderbar, obwohl der Bund – wie [Dr. Bernd Hunger](#), den jüngsten Subventionsbericht der Bundesregierung zitierend, hervorhob – seine finanziellen Aufwendungen für den Wohnungsbau von 6,4 Mrd € (1997) auf 1,9 Mrd € (2012) heruntergefahren habe. Da auch das Wohngeld 2005 gekappt wurde und die Kosten der Unterkunft im gleichen Jahr mit der Grundsicherung (ALG II) verschmolzen wurden, hat sich die soziale Lage der 12 Mio. Armen in Deutschland (inkl. Hartz IV Bedarfsgemeinschaften) nicht verbessert. Schließlich bestünden auch im Rahmen der Stadterneuerung und des Programms Soziale Stadt – nach Kürzungen – kaum noch Möglichkeiten, sozial ausgleichend auf den Wohnungsmarkt einzuwirken und Härtefälle abzufedern.

Der Schlüssel liegt deshalb darin, die Schere zu schließen, die sich zwischen wachsender Nachfrage (seit 2010) in den Groß- und Universitätsstädten einerseits und den wegen ungenügender Bautätigkeit seit 15 Jahren sich verknappenden Wohnungsangeboten andererseits geöffnet hat. Solange nicht mehr Neubauwohnungen, insbesondere zu niedrigen sozialverträglichen Kosten gebaut werden, dürften die Mieten auch in den kommenden Jahren weiter steigen, eine sozial unerfreuliche Zukunftsperspektive, die nicht nur die drei Wissenschaftler, sondern auch die drei Praktiker – gestützt auf ihre Erfahrungen vor Ort – für nicht mehr ausgeschlossen hielten.

[Prof. Dr. Eberhard v. Einem](#) legte an Hand von stadtökonomischen Modellrechnungen dar, dass die Wohnungswirtschaft weder in den Innenstädten noch in den Außenbezirken in der Lage ist, Wohnungen mit Mieten zwischen 5,00 und 7,00 €/qm (netto kalt) zu bauen, u.a. weil die Banken derartige Vorhaben nicht bereit seien zu finanzieren. De facto gebe es – wegen gestiegener Baukosten, zusätzlicher Bauvorschriften und mietrechtlicher Auflagen schon seit dem Jahr 2000 eine Art Investitionsboykott der Wohnungsbaugesellschaften; ablesbar am Rückgang des Wohnungsneubaus, der in den 2000er Jahren – verglichen mit den Fertigstellungszahlen um 1997/98 – um 75 % eingebrochen ist. [Arndt v. Bodelschwingh](#) erläuterte: Seither würden nur noch 10.000 - 12.000 neue Sozialbauwohnungen pro Jahr gebaut (früher waren es 80.000 - 120.000 WE), vor allem in NRW, Bayern und Hamburg, während gleichzeitig pro Jahr rd. 100.000 ehemalige Sozialbauwohnungen, die in den 1970/80er Jahren gefördert wurden, dem Bestand an preisgünstiger Sozialbauwohnungen verloren gingen, weil die Bindungen ihre Mietpreise ausliefen. [M. Klipp](#), früher Projektleiter der Stadterneuerung im Prenzlauer Berg (STERN), schloss sich dieser Darstellung an und ergänzte: Fördermittel würden derzeit nicht abgerufen, weil sie ihre Anreizwirkung weitgehend verloren hätten. Angesichts his-

torisch niedriger Hypothekenzinsen sei der Zinsvorteil der Förderung (z.B. KfW Mittel) zu gering, um im Gegenzug neue langjährige Mietpreisbindungen einzugehen.

Keiner der Teilnehmer auf dem Podium zweifelte daran, dass die sog. Mietpreisbremse 2015 beschlossen wird. Die Mietpreisbremse werde aber an der skizzierten Situation nichts Grundsätzliches ändern. Sie könne zwar dazu beitragen, Spitzenmieten an den Brennpunkten des Wohnungsmarktes zu verhindern; gravierender aber seien die Nebenfolgen, denn es sei absehbar, dass sich die Wohnungsbaugesellschaften noch weiter, als schon bisher, aus dem Bau neuer Mietwohnungen (zu moderaten Preisen) zurückziehen und sich stattdessen auf den Bau von Mietwohnungen im Hochpreissegment sowie auf das Segment Eigentumswohnungen konzentrieren werden. Auch die dann noch größere Zurückhaltung der Banken sei zu bedenken: bisher hätten sie bei ihren Finanzierungszusagen stets steigende Mieten unterstellt, künftig sei dies aus Sicht der Banken rechtlich unsicher.

Der vom Bundeskabinett in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Bundesländer geographisch abgegrenzte Zielgebiete definieren können, in denen die Mietpreisbremse eingesetzt werden darf. Das verlange kleinräumlich exakte Abgrenzungen durch die betreffenden Kommunen. Vor diesem Hintergrund waren die Ausführungen von [M. Vaché](#) aufschlussreich, der mit Zahlen aus der Rhein-Main Region belegen konnte, wie hochgradig differenziert sich die Mieten selbst

innerhalb einer Stadt wie Frankfurt/Main über Zeit entwickelt haben. Seine Analyse war überzeugend, indem er unterschiedliche Dynamiken im Vergleich der Stadtquartiere nachwies, eine Beobachtung, die auch für andere Städte bestätigt wurde.

[Dorothee Dubrau](#) machte abschließend darauf aufmerksam, dass auch Leipzig inzwischen wieder wächst und in ausgewählten innerstädtischen Quartieren steigende Mieten zu beobachten seien. Die Stadt müsse sich mit der Feinkörnigkeit der örtlichen Situationen auseinandersetzen. Damit stelle der Wohnungsmarkt erhebliche zusätzliche planerische Anforderungen an die Stadtverwaltungen.

Dem Forum war das Thema vorgegeben, sich über den zu geringen Neubau von Mietwohnungen und dessen soziale Folgewirkungen auszutauschen, um ggf. Lösungen anzuregen, eine Aufgabe, die der Quadratur des Kreises gleichkam. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Podiumsteilnehmer ein ungeschminktes Bild der Wohnungsmarktprobleme zeichnen und Handlungsanforderungen aufzeigen konnten. Sie waren sich darin einig, dass die seit der Verfassungsreform 2006 zuständigen Länder und ihre Kommunen nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten haben. Es wurde klar, dass potenzielle Lösungen das Bohren dicker Bretter erfordern. Letztlich müssten – im größeren Rahmen – ökonomische wie rechtlich-politische Strategien im Mittelpunkt stehen, um die Weichen richtig zu stellen und um soziale Ausgrenzungen zu verhindern.



Forum E „Akteure“

Zusammenfassung von Dr. Renate Bornberg, buTa international Lab

Gastgeber:

Dr. Renate Bornberg
buTa international urban lab

Oliver Koczy
IRS, Erkner

Prof. Dr. Thomas Krüger
HCU Hamburg

Prof. Dr. Holger Schmidt
TU Kaiserslautern

**Praxis- und
Hochschulpartner:**
Steffen Becker
Matthias Burgbacher
KIT Karlsruhe

Andreas Koch
Atelier ideation, Wiesloch

Guido Schwarzendahl
*Vorstand Bauverein
Halle & Leuna eG*

Maximilian Vollmer
TU Kaiserslautern

Das Forum E hat sich mit der Rolle verschiedener Akteure des Wohnungsmarktes auseinandergesetzt und ist der Frage nachgegangen, welche Potenziale für die nationale Stadtentwicklungspolitik in der Einbindung eines breiten Spektrums von Akteuren in Planungsprozesse liegen. Dabei stellte es zwei Akteursgruppen in den Fokus: Einerseits die Eigentümer, die primär objektbezogene, ökonomische Interessen vertreten und andererseits die Nutzer, für die der lebensweltliche Bezug zu ihrem Wohnort und ihrem Umfeld das zentrale Handlungsinteresse darstellt.

Beschrieben wurde das Spannungsfeld dieser Akteure anhand von zwei Fallbeispielen, zu denen jeweils ein Vertreter der Eigentümer-, wie der Nutzerseite ihre Sicht auf die Stadtentwicklung darlegen konnten. Ausgewählt wurden zwei Städte als jeweilige Repräsentanten für wachsende bzw. für schrumpfende oder stagnierende Regionen. Für das Beispiel der prosperierenden Stadt referierte **Dr. Renate Bornberg** stellvertretend für **Andreas Koch** über aktuelle Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Heidelberg. Die Stadt wächst vor allem durch den Zuzug wissenschaftlicher Arbeitskräfte. Diese präferieren vor allem die historischen Zentren als Wohnstandort,

in denen inzwischen fortgeschrittene Gentrifizierungsprozesse festzustellen sind. Hier ist bezahlbarer Wohnraum knapp geworden und sozialverträgliche Projekte rar: eine Entwicklung, der man gegensteuern könnte, indem man die derzeitigen niedrigen Leitzinssätze der Banken für die Schaffung von günstigem Wohnraum nutzen würde. Aus Sicht der Nutzer stellt **Matthias Burgbacher** das Heidelberger Wohnbauprojekt „Quartier am Turm“ vor. Er erläutert, wie das innerstädtische Quartier nach Fertigstellung gemeinsam mit der Bewohnerschaft weiterentwickelt wurde und zivilgesellschaftliches Engagement in die Gründung eines Bürgervereins mündete. Zur Ermittlung von Verbesserungsvorschlägen wurde im Quartier eine Bewohnerbefragung sowie Planungsworkshops initiiert.

Für die Stadt Halle (Saale) als Beispiel eines stagnierenden Wohnungsmarktes stellte **Guido Schwarzendahl** die strategische Ausrichtung eines genossenschaftlichen Akteurs vor. Er beschreibt Tätigkeitsfelder zwischen Bestandsaufwertung und Abriss und die Bereitschaft der Genossenschaft, Aufgaben der öffentlichen Hand (z.B. die Pflege des Wohnumfeldes) für die finanzschwache





Kommune zu übernehmen. Anhand des Stadtteils Halle-Glauchau beschreibt [Dr. Maximilian Vollmer](#) Strategien zur Aktivierung von Einzel-eigentümern im Stadtumbau durch einen kooperativen und integrierten Ansatz. Neben der Steuerung und Unterstützung des Aktivierungsprozesses durch die Stadt (rahmensetzende Planungen; Förderung von Sicherungsmaßnahmen) kommen eine direkte Eigentümeransprache durch einen von der Stadtverwaltung beauftragten Eigentümermoderator sowie zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Verbesserung der Quartiersidentität oder des Quartiesimages zum Tragen. Durch die Verbindung dieser drei Handlungsfelder konnte eine Vielzahl an leerstehenden Häusern mittlerweile revitalisiert werden.

Im Anschluss an die Impulsvorträge führte das Forum eine lebendige Diskussion. In allen Beiträgen wurde die besondere Bedeutung des Quartiers hervorgehoben. So können Eigentümer ihre Objekte nicht nur als einzeln zu bewirtschaftendes Anlagegut ansehen, sondern müssen den Mehrwert eines gut funktionierenden Quartieres erkennen. Sie sind auf Dauer Teil einer Standortgemeinschaft, die großen Einfluss auf die Objekte und schließlich deren Werte nimmt. Die soziale und ökonomische Stabilität und Vitalität von Quartieren wird wiederum von Faktoren bestimmt, die nicht allein wirtschaftlicher Natur sind und von den Eigentümern nicht direkt beeinflusst werden können. Demgegenüber fehlt es zivilgesellschaftlichen Initiativen in den Quartieren oft an einer wirtschaftlichen Basis und dadurch an Leistungsfähigkeit und Stabilität. Es wurde intensiv diskutiert, ob und ggf. wie Eigentümer zur Finanzierung von zivilgesell-



schaftlichen Aktivitäten beitragen können oder sogar sollen. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang unterschiedliche Praxisbeispiele (u.a. ein Wohnbauprojekt auf dem alten Krankenhausareal in Hamburg-Barmbek oder die Organisationsstruktur indonesischer *kampung-kotas*). Ähnliche Ansätze werden im Forschungsfeld „Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau“ (ExWoSt) des BBSR untersucht.

Generell ist zu beobachten, dass den Akteuren der Quartiersentwicklung erst in Problem- oder Krisensituationen Aufmerksamkeit gewidmet wird. Hier könnten die Städte und Gemeinden ansetzen, indem sie kontinuierliche Beteiligungsformen auf der Quartierebene pflegen und Entscheidungskompetenzen und Budgets stärker dezentralisieren. So würden der Kontakt und Austausch der Akteure gefördert und ihre Potenziale mobilisiert. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft könnte so dazu einen Beitrag leisten, dass das Quartier nicht nur als gegebener Standort, sondern als strategisches Entwicklungspotenzial angesehen wird. Dies kann in Zusammenarbeit mit der Kommune und der Zivilgesellschaft gestärkt werden.

Ein solcherart präventives Quartiersentwicklungsmodell könnte langfristig helfen, den Bedarf an „interventionistischen“ Städtebaufördermaßnahmen zu reduzieren und damit eine von den örtlichen Akteuren getragene Quartiersentwicklung zum Normalfall werden zu lassen. Hier öffnet sich sowohl für die Lehre, als auch für die Forschung ein breites Aufgabenfeld, das es Wert ist, weiter verfolgt zu werden.

Forum F „Gestalt des Stadtquartiers“ Vier städtische Wohnquartiere und ihre architektonische Gestalt

Zusammenfassung von Daniel Korthaus, TU Dortmund

Gastgeber:

Prof. Christoph Mäckler
TU Dortmund

Daniel Korthaus
TU Dortmund

Praxis- und Hochschulpartner:

Franz-Peter Boden
Bausenator der Hansestadt
Lübeck

Prof. Dr. Jörn Düwel
HCU Hamburg

Dierk Hausmann
Stadt Frankfurt am Main

Thorsten Kamp
Stadtplanungsamt Mülheim
an der Ruhr

Julius Mihm
Baudezernat,
Schwäbisch Gmünd

Reinhard Müller
EUREF, Berlin

Prof. Wolfgang Sonne
TU Dortmund

Prof. Dr. Jürg Sulzer
TU Dresden

Bei der Entwicklung der Städte und Gemeinden in Deutschland wird die Gestaltung der öffentlichen Räume und des Wohnumfeldes oft hinter funktionale Aspekte wie der wirtschaftlichen Rentabilität, den Belangen des Verkehrs und der Energie zurückgestellt. Anhand von vier Projektbeispielen aus Mülheim an der Ruhr, Frankfurt am Main, Schwäbisch Gmünd und Lübeck, die in Kooperation zwischen der jeweiligen Stadt und dem Institut für Stadtbaukunst der TU Dortmund entstanden sind, wurden die Fragen der Gestalt des urbanen Stadtquartiers diskutiert.

Im ersten Vortrag stellt **Franz-Peter Boden** die Stadtreparatur „Gründungsviertel“ im UNESCO-Welterbe „Lübecker Altstadt“ vor und betont wie sehr die Ergebnisse der Studienarbeit des Instituts für Stadtbaukunst der TU Dortmund die öffentliche Diskussion um das Gründungsviertel positiv befruchtet haben. Aufbauend auf der Analyse und den Entwürfen der Studenten zum Gründungsviertel findet nun in Lübeck ein Stück Stadtreparatur statt, mit Rückbesinnung auf die für die Lübecker Altstadt so typische kleinteilige Parzellierung. Dabei dient die gebaute Geschichte als Vorbild für die Neuinterpretation

des historischen Stadtgrundrisses, ohne die Altstadt nachzubauen, oder zu rekonstruieren: moderne Häuser für eine zukunftsfähige Stadt in einer historischen Umgebung. Die Vorgaben zur Gestaltung werden abgeleitet aus dem stadtbildprägenden Bestand. Daneben sind jedoch insbesondere die Definition der öffentlichen und privaten Räume, eine kleinteilige Parzellierung, die Bebauungsstruktur, die Haustypologien und eine öffentliche Erdgeschosszone für das Erzielen einer funktionalen und sozialen Mischung in der Stadt entscheidend. Insbesondere eine belebte Erdgeschosszone – mit einem flexiblen Angebot für verschiedene und insbesondere öffentliche Nutzungen – ist ein wesentlicher Faktor für eine funktionierende Urbanität.

Im zweiten Vortrag stellt **Thorsten Kamp** aus seiner Sicht nochmals die Vorteile der parzellierten Stadt heraus: Die höhere architektonische Vielfalt, die höhere funktionale und soziale Mischung, die flexiblere Anpassungsfähigkeit bei Veränderungen, die stärkere Verbundenheit der Eigentümer mit ihrem Wohnort. Eine bauliche Umsetzung in Teilabschnitten ist ebenso leichter möglich.



Anschließend weitet [Christoph Mäckler](#) mit seinem Vortrag zur Siedlung Frankfurt Riederwald den Blick auch auf das Thema Stadtbild und Energie. Das Sanierungskonzept der Siedlung umfasst statt einer einfachen energetischen Sanierung insgesamt vier miteinander in Zusammenhang stehende Bereiche: Die energetische Sanierung der Außenbauteile, die Sanierung bzw. Erneuerung der Gebäudetechnik, der Einbau einer Lüftungstechnischen Anlage, die Verbesserung der Grundrisse und die Differenzierung der Wohnungen sowie die städtebauliche und funktionale Neuordnung des Quartiers. Ziel der Sanierung ist, die energetischen Verbesserungen am Bauwerk mit den wohnungswirtschaftlichen Belangen (Anpassung der Wohnungsgrößen) und der Aufhebung der städtebaulichen Defizite zu koppeln und die Siedlung durch architektonische und städtebauliche Eingriffe im Sinne eines Ensembles zu einem neuen dauerhaften und zukunftsfähigem Quartier zu entwickeln. Somit stellt die erforderliche energetische Sanierung der einzelnen Häuser auch gleichzeitig die Chance dar für eine umfassende Umgestaltung und ressourcenschonenden Weiterentwicklung zu einem dichten Stadtquartier der kurzen Wege.

[Julius Mihm](#) erläutert in der abschließenden Projektvorstellung, dass der ursprüngliche Siegerentwurf eines Investorenwettbewerbs für das Altstadtquartier auf große Ablehnung in der Bevölkerung gestoßen ist, da der Bezug zur historischen Bebauung fehlte. Hier bot die Studienarbeit, die in Kooperation mit dem Institut für Stadtbaukunst entstanden ist, die Möglichkeit eine Neuplanung anzustoßen, die die historischen Bezüge des Ortes aufnimmt und sich an der Maßstäblichkeit, den Bebauungstypologien, den Fassaden der historischen Bebauung, etc. orientiert, ohne die Altstadt zu rekonstruieren.

Diesen Aspekt der Anknüpfung an die Tradition stellte [Jürg Sulzer](#) in der anschließenden Diskussion nochmals explizit heraus. So hält er es für überaus wichtig, dass sich Forschung und Lehre intensiv mit der Tradition der Stadt auseinandersetzen und sieht es als zentrale Aufgabe für Städtebauer aus der Geschichte heraus nach neuen Ideen, Lösungen und Strukturen zu suchen, die die Zukunft der Stadt mit der Geschichte verknüpfen.

[Jörn Düwel](#) weist auf den entscheidenden Unterschied zwischen Städtebau und Siedlungsbau hin, der auch viel mit den Eigentumsverhältnissen zu tun hat, und mit dem Bauen auf der Parzelle. Und er fordert eine Wiedergewinnung der verlorengegangenen Konventionen in der Stadt und eine Wiederaneignung von Stadt, des Städtischen und des städtischen Hauses.

Im Verlauf der Diskussion richtet [Dierk Hausmann](#) den Blick noch auf einen weiteren Aspekt des dichten und gemischten Stadtquartiers: Er weist darauf hin, dass der Wohnflächenbedarf weiterhin kontinuierlich ansteigt, was zu einer Ausdehnung der Städte in die Fläche bei gleichzeitiger demografischer Ausdünnung im Inneren führt. Wege werden länger, mehr Energie wird verbraucht, soziale, wirtschaftliche und technische Infrastrukturen werden ineffizienter. Eine Reduzierung der Wohnfläche pro Kopf hat direkte positive Auswirkungen auf die Dichte, die soziale und funktionale Mischung, den Energieverbrauch, etc. So fordert er – ähnlich wie beim Auto als Verlust des Statussymbols – hier ein Umdenken auf breiter Ebene und mehr Suffizienz; gleichzeitig mehr alternative und qualitativ hochwertige Angebote im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Erdgeschosszonen.

Den Aspekt der sozialen und funktionalen Mischung greift [Christoph Mäckler](#) nochmals auf und erläutert, dass die von allen gewollte und geschätzte Durchmischung nicht verordnet werden kann. Gleichwohl muss die Stadt, durch entsprechende städtebauliche und bauliche Strukturen, die Möglichkeit für eine Durchmischung zulässt. Nur so lassen sich die Forderungen nach funktionaler und sozialer Mischung umsetzen, und diese Ideen müssen dann auch politisch gefördert werden. Der Blick in die Geschichte biete das beste Anschauungsmaterial für solche funktionierenden Durchmischungen. Wir sollten uns mit der Geschichte der Stadt und ihrer Struktur auseinandersetzen, um daraus heraus etwas Neues zu entwickeln also aufbauen auf den Qualitäten, die wir heute schon haben.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde stellte [Thorsten Kamp](#) nochmals den Vorteil der Kooperation zwischen Forschung/Lehre und der Praxis heraus. Mit den unabhängigen Studienarbeiten hätte die Stadt es wesentlich leichter solche Ideen und Gedanken der parzellierten Stadt in die öffentliche Diskussion einzubringen und diese Bilder der parzellierten Stadt dann auch konkret umzusetzen. Er appellierte an die Politik und Verwaltung, dass sie ihren Einfluss auf die Gestalts- und Qualitätsfragen dann in den Projekten auch geltend machen muss, und den Blick nicht nur vordergründig auf eine kurzzeitige Gewinnmaximierung richten dürfe.

Alle Diskussionsteilnehmer lobten den fruchtbaren Austausch und riefen dazu auf diesen Dialog zwischen Forschung / Lehre und Praxis weiter zu intensivieren.

Abschlusspodium

Ergebnisse, Empfehlungen, Perspektiven

Zusammenfassung Prof. Julian Wékel, DASL

Moderation:

Prof. Julian Wékel
DASL, TU Darmstadt

Podium:

Laura Bornemann
Bundesfachschaft

Johannes Dragomir
SRL, Berlin

Arvid Krüger
Bauhaus-Universität
Weimar

Hilmar von Lojewski
Deutscher Städtetag

Staatssekretär
Michael von der Mühlen
Bauministerium NRW

Vorstandsvorsitzender
Reiner Nagel
Bundesstiftung Baukultur

Prof. Christa Reicher
TU Dortmund

Prof. Kunibert Wachten
FH Erfurt

Dr. Oliver Weigel
BMUB

Plenum:

Bernd Heuer
Bernd Heuer & Partner
Human Resources GmbH

Prof. Dr. Heidi Sinning
FH Erfurt

Das abschließende Podium hatte den Auftrag, im Sinn eines spontanen Resümees an der eben zu Ende gehenden Veranstaltung Kritik zu üben und daraus Hinweise sowie Empfehlungen für künftige Hochschultagsvorbereitungen abzuleiten. Zudem war Gelegenheit geboten, sich mit dem Entwurf der Hochschultags-Erklärung auseinander zu setzen und Ergänzungen vorzuschlagen.

Das Gesagte wird hier, auf Kerninhalte zusammengefasst, dokumentiert:

A Stellungnahmen zu Ansatz und Ablauf des 4. Hochschultages

- Die deutlich entwickelte Zusammenarbeit in der Vorbereitung und die vorgesehene Abschlusserklärung belegen, dass zwischen dem 1. und 4. Hochschultag eine extreme Weiterentwicklung stattgefunden hat. Offene Diskussion zum eigenen Forschungsstand ist die Regel geworden wo zum 1. Hochschultag noch Skepsis und Zurückhaltung regierte um im wissenschaftlichen Wettbewerb das selbst Erarbeitete besser für sich zu behalten. Die Winter- bzw. Sommerschulen als besonders wertvolles Element der Hochschultage sollten mit entsprechenden Präsentationen der Projektergebnisse fortgeführt werden, insbesondere weil hier auch die Möglichkeit zum Querdenken in den Arbeiten der Studierenden einen angemessenen Raum erhält. (Dr. Oliver Weigel)
- Es hat sich sehr bewährt, einen Themenkomplex als Motto des Hochschultages herauszunehmen. Wohnen hatte die unterschiedlichsten Facetten, dies ermöglicht es Komplexität zu diskutieren. Zukünftig sollten in dieser Diskussion auch langfristige Entwicklungen, perspektivische Fragen wie z. B. Mietpreisentwicklung bis zum Jahr 2020 thematisiert werden, auch um in der Planung nicht immer auf eher kurzzeitige Wellen reagieren zu müssen. (Prof. Christa Reicher)
- Eine Alleinstellungsmerkmal des Hochschultages könnte auch sein, szenarisch in langfristigen Alternativen zu denken, beispielhaft: Deutschland 2100 mit 100 Mio. Einwohnern – Hochschultage sollten sich die Freiheit nehmen, auch weiter zu gehen als übliche Fachkongresse. (Reiner Nagel)
- Der 4. Hochschultag hat mit dem erstmals vorab definierten Rahmenthema „Wohnen“ und der systematischen einjährigen Vorbereitung auf die Foren qualitativ eine neue Stufe erreicht. Ziel sollte es zukünftig sein, die bisherigen Vor- und Nachbereitungen neuer Hochschultage als einen kontinuierlichen Dialogprozess zu begreifen, innerhalb dessen dann die jeweiligen Hochschultage selbst die Bühne der Präsentation und Diskussion zwischenzeitlich erreichter Arbeitsstände bieten könnten. (Prof. Julian Wékel)
- Es ist gelungen, in den Foren wirkliche Diskussionen in Gang zu setzen. Gut auch die Möglichkeit in den Kurzvorträgen Grundsatzfragen zu stellen, die bei der erwünschten Praxisorientierung sonst leicht unter den Tisch fallen, z. B. zur Verteilung von wirtschaftlicher Macht. Gut war in den Foren auch die Diskussion auf Augenhöhe zwischen allen Statusgruppen sowie mit der Praxis. (Arvid Krüger)
- Die Sommer- und Winterschulen des Hochschultages haben sich als gelebte Allianz zwischen Praxis und Forschung etabliert. Sie haben in einer vorjährigen Veranstaltung zur „ressourceneffizienten Stadt“ sogar einen Beitrag dazu geleistet, dass aus der seinerzeit bearbeiteten Fallstudie für einen Bereich in Gelsenkirchen



ein offizielles NSP-Projekt geworden ist. Erstaunlich war gerade bei dieser Sommerschule der unbefangene Blick der Studierenden auf das betreffende Planungsareal und seine Entwicklung als Energielabor Ruhr. (Prof. Christa Reicher)

- Man muss seinen Respekt ausdrücken, dass sich im Rahmen der aktuellen Winterschule zwölf Universitäten des schwierigen, umstrittenen Themas der „Selbstgemachten Stadt“ angenommen und dabei sehr nachdenkswerte, innovative Ergebnisse erzielt haben. Hieraus leitet sich der Appell an die Studierenden ab, auch zukünftig besonders offen, neugierig und unzufrieden im Sinn des Interesses an der Suche nach Neuem zu sein. An die Lehrenden richtet sich der entsprechende Appell, dies stark zu unterstützen, Offenheit zu lehren. (Johannes Dragomir)

B Anregungen für Themen und Inhalte zukünftiger Dialoge

- In zukünftigen Dialogen sollte die Tatsache ausgeprägter Parallelwelten von Wissenschaft und Praxis stärker angesprochen werden – diese sind problematischer, als die Darstellung von „best practice Beispielen“ nahelegen. Schon die unterschiedlichen Zeithorizonte von der Formulierung von Wissensbedarfen der Praxis und der Dauer, die eine Produktion neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse benötigt, führt zu Differenzen. (Prof. Christa Reicher)
- Auch aus Sicht des Bundes war der Wunsch, die extreme Diskrepanz zwischen den Welten der Wissenschaft und der Politik mit ihren jeweiligen Eigenheiten stärker und kontinuierlicher zu beleuchten, ein Anlass für die Einführung dieser Veranstaltungsreihe. Ein inhaltliches Interesse bestände daran, zu erarbeiten bzw. zu diskutieren wie mit



der Schrumpfungproblematik – vor allem, wenn diese in direkter Nachbarschaft zu Wachstum auftritt – zukünftig noch qualifizierter umgegangen werden kann. Eine Frage an die Wissenschaft, die sicherlich nur in engem Dialog mit der Praxis zu beantwortet werden kann. (Dr. Oliver Weigel)

- Aktuelle Stadtentwicklungsprozesse sind von hoher Unübersichtlichkeit gekennzeichnet, die aufzuschlüsseln wäre, indem man explizit die unterschiedlichen Sichten beispielsweise sowohl der Wohnungssuchenden, als auch der Investoren und der Motive ihrer Standortentscheidungen verdeutlicht. So könnte man realen Prozessen der Raumentwicklung auf die Spur kommen. Interessant wäre es, zukünftig verschiedene Typen von Raumentwicklung und deren Entwicklungslogik zu untersuchen. Im Vergleich könnte dann das Umgehen mit Stadtentwicklungsaufgaben mit Fokus auf Bereichen, in denen sich soziale Ungleichheit verschärft, besser herausgearbeitet und der Politik präsentiert werden. Generell sollte die Wissenschaft noch stärker über Forschungsfragen nachdenken, die

die aktuelle Planungs- und Entwicklungspraxis betreffen. (Michael von der Mühlen)

- Die Förderung und Erhaltung sozialer Durchmischung ist eine elementare Leitvorstellung der Stadtentwicklung. Tendenzen der Gentrifizierung wirken demgegenüber wesentlich in Richtung sozialer Entmischung. Andererseits sind Qualifizierung und Aufwertung von Stadtstrukturen, die Gentrifizierung begünstigen, ebenso unabdingbar im Stadtentwicklungsprozess. Bedeutsam erscheint im Ergebnis eine Balance zwischen der Aufrechterhaltung gemischter Sozialstrukturen und entsprechenden Aufwertungsprozessen. Es wäre interessant hierzu Beiträge aus der Wissenschaft, entstanden nach Möglichkeit im Dialog mit der Praxis, zu erhalten. (Hilmar von Lojewski)
- Forschung sollte gegenüber der Praxis aktuell betonen, dass es im Wohnungsbau derzeit eine besondere baukulturelle Verpflichtung sein sollte, weiter zu bauen und vor allem weiter zu experimentieren,

dies geschieht viel zu wenig. Insgesamt ist allerdings noch klarer herauszuarbeiten, was die spezifischen Möglichkeiten und Chancen dieser besonderen Veranstaltung „Hochschultag der NSP“ sein können. Dialog ist unumstritten förderlich, aber was kann Wissenschaft konkret beitragen wenn Politik nachfragt, was genau kann in diesem Verhältnis die Wissenschaft leisten. (Reiner Nagel)

- In der Lehre sollten wohnungspolitische Zusammenhänge mit der Stadtentwicklung viel stärker thematisiert werden, die Wirkung der Instrumente z.B. des Milieuschutzes sollten in entsprechenden Veranstaltungen geprüft und Wirkungsanalysen erstellt werden. Gerade ökonomische Zusammenhänge werden noch zu wenig vertieft einbezogen. (Prof. Dr. Heidi Sinning)
- Interdisziplinarität scheint weiterhin ein Problem in der Lehre zu sein. Die Kölner Erklärung zeigt, dass Hochschullehrer/innen sich stärker miteinander absprechen müssen. Der Hochschultag muss die Diskussion um das Selbstverständnis der Planer/innen, die Planer/innen-Ausbildung und Forschung stärker in den Mittelpunkt rücken. Sie sollte ein eigenständiger Programmpunkt sein, zu dem alle eingeladen werden. Wir Studierende übernehmen in Zukunft gerne mehr Verantwortung für die Gestaltung dieser Diskussion und schlagen vor, diese selbst vorzubereiten. Vielleicht lässt sich dem Aufruf der Erfurter Einladung folgend, die Systemfrage zum Thema eines der kommenden Hochschultage machen. (Laura Bornemann)
- Nochmals die Empfehlung, sich wissenschaftlich mit längerfristigen Tendenzen auseinanderzusetzen. Beispielsweise besteht aus immobilienwirtschaftlicher Sicht ein hohes Interesse, wesentliche Faktoren zu definieren, die Einfluss auf langfristige Grundstückspreisentwicklungen haben. (Bernd Heuer)
- Die universitäre Lehre, innerhalb derer Seminare und Projektveranstaltungen üblicherweise von jeweils etwa 30 Studierenden besucht werden – manchmal werden auch im Grundstudium Aufgaben für einen ganzen Semesterjahrgang mit 150 oder mehr Studierenden gestellt – eröffnet außergewöhnliche Möglichkeiten zur Durchführung empirischer Feldarbeit, beispielsweise für die detaillierte Aufnahme städtebaulicher

Strukturen. Dieses Potenzial wird noch zu wenig genutzt, um präzisere Wissensgrundlagen über Status und Entwicklung interessierender Stadtbereiche zu erhalten. Es könnte vielfach als Grundlage für qualifiziertere Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis herangezogen und sollte deshalb in die Dialoge zur Didaktik einbezogen werden. (Prof. Julian Wékel)

C Stellungnahmen zum Entwurf der Hochschultags-Erklärung

- Ein wesentlicher Aspekt, der auch im Rahmen des Forums zur Quartiersentwicklung herausgestellt wurde: Es gibt auch aktuell nicht nur Wachstumsmärkte, sondern sehr unterschiedliche Entwicklungsbedingungen. Die Erklärung ist hier zu sehr auf ersteres orientiert. (Plenumsteilnehmerin)
- Das Papier muss sich auf die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen beziehen, schrumpfende Räume, in denen Daseinsvorsorge in Frage gestellt ist und Wohnungen mit horrenden Kosten und Wertverlusten vernichtet werden gehören mit dazu. Der Umgang hiermit ist überaus schwierig, ein Beispiel aus Gelsenkirchen belegt, dass auch traditionelle Strukturförderung (hier Ansiedlung eines Justizzentrums) ohne Auswirkung bzw. Anreize für erhöhte Investitionsbereitschaft geblieben sind. Hierzu gehört der Hinweis auf die Frage, ob es Hebel gibt, um diese Teilung in Schrumpfung und Wertverlust einerseits, und kaum bewältigbares Wachstum andererseits zu mildern. (Prof. Kunibert Wachten)
- Zum Stichwort Finanzen ist noch nicht hinreichend verdeutlicht, welche Problematik in der Relation von konsumtiv orientiertem öffentlichen Mitteleinsatz (13 Mio.€ zur Übernahme von Kosten für die Unterkunft – davon 9 Mrd.€ von den Städten), gegenüber 500 Mio.€ mit investiver Orientierung zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus steckt. Diese Relation müsste eigentlich umgekehrt werden, um über die Erweiterung des Wohnungsangebotes zu einer längerfristig angemessenen Wohnungsversorgung der Gesamtbevölkerung zu gelangen. Auch die aktuellen Klagen über hohe Mieten treffen nicht den Kern des Problems, maximal ein Drittel der Städte hat entsprechende Preissituationen, viel bedeutsamer ist das zu geringe Mietniveau in einer Vielzahl von Städten, aus dem heraus der Bestand nicht gesichert werden kann, da auch hier dringend investiert werden müsste. (Hilmar von Lojewski)

Auftakt zum informellen Austausch

Anke Brummer-Kohler, BMUB, Abteilung Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Empfang anlässlich des 4. Hochschultages der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Herr Staatssekretär Adler hat heute früh in seiner Begrüßung gesagt, dass das Programm einen spannenden und interessanten Konferenztag erwarten lässt. Am Ende dieses Konferenztages kann ich ihm nur zustimmen. Der heutige Tag hat eindrucksvoll gezeigt, wie lebendig, wie engagiert, wie kenntnisreich die Akteure der Stadtentwicklung und Planung aus der Wissenschaft und der Praxis in Deutschland sind.

Die guten und intensiven Diskussionen in den Arbeitsgruppen und im Plenum haben mich sehr beeindruckt und ich bin sicher, alle Beteiligten haben davon profitiert.

Sie haben das Thema „Wohnen“ aus den verschiedensten Blickwinkeln thematisiert. Diese Herangehensweise und die Diskussion zwischen

Professorinnen und Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Studierenden, Praktikern aus der lokalen Stadtentwicklung und politischen Vertreterinnen und Vertretern der Bundes- und Landesebene zeichnen den Hochschultag aus und machen ihn einzigartig.

Das setzt Maßstäbe für künftige Hochschultage. Ich freue mich schon auf den nächsten – den 5. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, der im Juni 2016 in Berlin stattfinden wird – und den das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auch gern weiter unterstützen und finanziell fördern wird.

Ich nutze die Gelegenheit sehr gern, mich bei allen Beteiligten für die gute Vorbereitung dieser Konferenz, bei allen Referentinnen und Referenten für Ihre Beiträge und bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für Ihr Kommen und Ihre konzentrierte Mitarbeit zu bedanken.

Nun wünsche ich Ihnen gute Gespräche und noch einen schönen Abend.





Workshop Städtebau- und Planer/innenausbildung

Zusammenfassung von Dierk Hausmann, Prof. Dr. Detlef Kurth, Barbara Schöning

Erstmals fand im Rahmen des Hochschultages – parallel zu den Treffen der Statusgruppen – ein Workshop zur Städtebau- und Planer/innenausbildung statt. Grundlage des Workshops war das nachstehend in Auszügen abgedruckte Thesenpapier des Ausschusses Aus- und Fortbildung der DASL.

Ablauf

Der Workshop gliederte sich in zwei Diskussionsrunden. Die erste Runde befasste sich mit der derzeitigen Situation der Städtebau- und Planer/innenausbildung an den Hochschulen, dem Städtebaureferendariat und der Fortbildung. In der zweiten Runde ging es um Perspektiven für die künftige Ausbildung. Als Podiumsteilnehmer eingeladen waren Vertreter der Professor/innen, der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen (WiMis) und der Studierenden (Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung, bfsr), das Oberprüfungsamt für das technische Referendariat (OPA), der Bundesverband des technischen Referendariats (BvdtR), das Institut für Städtebau Berlin (ISB), SRL, Bundesarchitektenkammer (BAK) und DASL.

An der Diskussion beteiligten sich rund 60 Personen, überwiegend Studierende, WiMis und Professor/innen.

Ergebnisse

- Vielfalt des Planer/innenberufs

Die Vielfalt des Planer/innenberufs und die Pluralisierung des Berufsbildes und der Berufswege eröffnet Chancen. Vor diesem Hintergrund vermittelt das Studium hier Grundlagen, die dann im persönlichen Profil geschärft werden können.

- Kernkompetenzen und Kerninhalte (Planer-Handwerkszeug)

Als Kernkompetenz wird die Fähigkeit „zu planen“ bezeichnet, d.h. Absolvent/innen sollen in die Lage versetzt werden, selbständig Konzepte, Pläne und Strategien zu entwickeln – als Expert/innen räumlicher Planung. Dabei geht es immer auch um die Verknüpfung von entwurflichen, räumlichen, sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Kompetenzen (interdisziplinäre Kompetenz). Die Grundlagen sind formuliert in den „Fachlichen Kriterien für die Akkreditierung von Studiengängen der Stadt- und Raumplanung“ (Akkreditierungsverbund für Studiengänge der Architektur und Planung, ASAP, 2014).

- Gesellschaftlicher Anspruch der Planer/innenausbildung

Das Planer/innenstudium sollte nicht nur praxisorientiert auf das

Workshop Städtebau- und Planer/innenausbildung am 22.11.2014 im Rahmen des 4. Hochschultages

| | | |
|---------------|--|--|
| 09.00 – 09.30 | Begrüßung / Thesenpapier der DASL | Prof. Wékel, Hausmann |
| 09.30 – 11.30 | Städtebau- und Planer/innenausbildung: Hochschulen, Referendariat, Fortbildung - Praxisanforderungen - Inhalte | Podium Prof. Dr. Schöning, Weimar (Moderation), Bornemann, bfsr Jürgens, BvdtR Prof. Dr. Mitschang, ISB Schröer, WiMi Prof. Dr. Sinning, Erfurt Wingenfeld, OPA |
| 11.30 – 12.00 | Pause | |
| 12.00 – 14.00 | Perspektiven für die künftige Ausbildung - Was ist der Kern? - Balance Prozess- / Gestaltungsorientierung - Spielraum, selbständiges Arbeiten, Motivation - Berufspolitik, Terminologie | Podium Prof. Dr. Kurth, Stuttgart (Moderation) Bornemann, bfsr Krüger, WiMi Rode, bfsr Tschepe, BAK Prof. Zlonicky, DASL |





Handwerkszeug konzentriert sein, sondern auch den planungstheoretischen und sozioökonomischen Kontext berücksichtigen. Der Planer/innenberuf basiert zwar auf einem ingenieurwissenschaftlichen Ingenieurstudiengang mit rechtlichen und stadtplanerischen Grundkenntnissen, muss aber immer auch die Bürger mit einbeziehen und ist somit auch stark von den Gesellschaftswissenschaften geprägt. Grundlage für die Planung ist neben der räumlichen Gestalt somit immer auch die Gemeinwohlorientierung.

Das Studium muss Gelegenheit bieten, dieses professionelle Selbstverständnis zu reflektieren und zu entwickeln.

- Spielräume für selbstständiges Arbeiten

Zunächst wird im Studium Zeit gebraucht um zu lernen, zu reflektieren, für das Finanzieren des Studiums, für das Ehrenamt.

V.a. aber sollten Hochschulen neben der Vermittlung von Grundlagenwissen auch Freiräume bieten, um selbstständiges Arbeiten, eigenmotivierte Haltungen und spontane Kreativität zu ermöglichen. Dies sollte mit wissenschaftlicher und methodischer Kompetenz verknüpft werden.

- Prozess- und Gestaltungsorientierung

Die Verschränkung von Prozess- und Gestaltungsorientierung ist wichtig für die Städtebau- und Planer/innenausbildung. Planung hat unterschiedliche Ausprägungen an architekturbezogenen Studiengängen (Schwerpunkt Entwerfen) und planungsbezogenen Studiengängen (Schwerpunkt Entwicklungsplanung). Eine Verknüpfung beider Ansätze ist sowohl für die Ausbildung als auch für die Berufspraxis von Bedeutung. Sie dient auch zur eigenen Profilbildung und berufsständigen Vertretung.

- Projektstudium, Interdisziplinarität, Internationalität

Das Projektstudium und der interdisziplinäre Anspruch erfordern eine intensive Betreuung, die auf Grund von Sparmaßnahmen an den Hochschulen und der weiter steigenden Zahl der Studierenden immer weniger gewährleistet werden kann. Umso wichtiger ist die interdisziplinäre Kooperation zwischen Fachseminaren, Projekten und Entwürfen. Außerdem sollte die internationale Ausrichtung des Studiums gestärkt werden, Praktika im Ausland benötigen viel Unterstützung und Betreuung.

- Städtebaureferendariat als Zusatzqualifikation

Die Bologna-Reform ermöglicht neue Schwerpunkte in den Master-Studiengängen. Sie ersetzt aber nicht eine Zusatzqualifikation wie das Städtebaureferendariat – hier können Kompetenzen im Baurecht, strategischen Denken, in Politik und Verwaltung, aber auch im Entwurf vertieft werden.

V.a. für „Expertentätigkeit auf kommunaler Ebene“ ist das Referendariat wichtig – nicht nur für die Qualifikation städtischer Mitarbeiter sondern auch für die Planer/innen auf der anderen Seite des Verhandlungstisches.

Weiteres Vorgehen

Es wurde angeregt, den Diskurs über die Planer/innenausbildung kontinuierlich fortzuführen und auch bei künftigen Hochschultagen zum Thema zu machen. Der Diskurs sollte einen eigenen Zeitblock erhalten und nicht parallel zu den Treffen der Statusgruppen stattfinden. Zusätzlich sollte Ausbildung auch im Rahmen des jeweiligen inhaltlichen Schwerpunktthemas des Hochschultages problembezogen diskutiert werden.

Ferner wurde angeregt, den Diskurs bilateral mit den Statusgruppen, Fachinstituten und -verbänden weiter zu führen.

DASL Ausschuss Aus- und Fortbildung

Thesenpapier Stand 5.2.2014 (Auszug¹)

Der nachfolgende Text des Ausschusses für Aus- und Fortbildung versteht sich als Diskussionsgrundlage. Er soll den Meinungsaustausch über die Planerausbildung und Fortbildung in der DASL fortführen und einen Anstoß für einen Diskurs geben, der auch die Fachöffentlichkeit erreicht.

Das Papier gliedert sich in zwei Teile. Teil I (Diskussionsbeitrag der DASL unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Landesgruppen mit Stand Sommer 2013) enthält eine konstruktive und kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Hochschulverhältnissen. Auf der Basis neuer Herausforderungen und Praxisfelder werden in fünf Thesen Anforderungen an die Studiengänge für Raum-/Stadtplanung² formuliert und kurzfristig umsetzbare Maßnahmen vorgeschlagen.

1. Formaler Rahmen des Planerstudiums

- a) Die Mindeststudiendauer beträgt 5 Jahre
- b) Voraussetzung für die Regeleintragung in die Kammerlisten ist eine Mindeststudiendauer von 4 Jahren

2. Strukturierung und Selbststudium

Problem:

Die formale Organisation gibt teilweise ein zu enges Gerüst vor, so dass die Selbstständigkeit der Studenten zu kurz kommt (credit points, Semesterverband)

Ziel:

Selbstständiges Lernen und Kreativität auf der Basis theoretischer und planungsmethodischer Grundlagen (Orientierungswissen)

Forderungen:

- zu enge Studienpläne bzw. Semesterverbände entzerren, mehr Experimente, Offenheit, Austausch, „Mut zur Lücke“, um ein ausgewogenes Verhältnis von Grundlagenvermittlung und selbstständigem Lernen in Projektarbeit zu erreichen; hierfür müssen ausreichend Betreuungskapazitäten vor allem für Projekte bereitgestellt werden

- mindestens einen städtebaulichen Entwurf auf der Grundlage städtebaulicher Gebäudelehre, eingebettet in einen übergreifenden Kontext von Nachhaltigkeits- und Gestaltungsfragen, um räumliches Vorstellungsvermögen zu trainieren und Gestaltungsprobleme begreifen zu lernen sowie kostenmäßige und ökologische Konsequenzen erkennen und mitdenken zu können
- mindestens ein Entwicklungs- und Realisierungskonzept mit Analyse der institutionellen und gesellschaftlichen Wirkungszusammenhänge, um Verständnis für die gesellschaftliche Einbindung und Verantwortung des Planungshandelns zu schaffen

3. Grundlagenvermittlung und Spezialisierung

Problem:

Die zu beobachtende zunehmende Spezialisierung in Master-Studiengängen und in nicht konsekutiven Studiengängen ist fraglich, wenn übergeordnete Zusammenhänge verloren gehen und die Grundlagen der eigentlichen Planungsdisziplin zu kurz kommen (Grundlagenwissen)

Ziel:

Spezialisierungen mit ganzheitlichem Lernen verbinden, Kompetenzkern der Disziplin schärfen

Forderungen:

- Spezialisierungen der Curricula und Studiengänge, die auf Grund der Vielfalt und Komplexität der Planungsaufgaben sinnvoll sind, sind in größere, generalisierende Zusammenhänge einzubinden. Einseitige Spezialisierungen sollen durch zusammenbindendes, übergreifendes Grundlagenwissen vermieden werden
- transdisziplinäres Denken und das Verständnis für die Beiträge anderer Disziplinen ist über die Zusammenarbeit mit diesen erfahrbar zu machen
- Transparenz der Studiengänge (über einheitliche, hochschulübergreifende Begriffe und Schnittstellen) sowie Kommunikationsfähigkeit zwischen ihnen (hochschulübergreifende Abstimmung und Koordination) erhöhen

4. Theorie und Praxis

Problem:

Die Raum-/Stadtplanungsdisziplin muss sowohl ihrem wissenschaftlichen Anspruch als auch ihrer Anwendungsorientierung gerecht werden

Ziel:

konzeptionelles und kompetenzorientiertes Arbeiten

Forderungen:

- Vermittlung von Theorie- und Methodenwissen genügend Raum geben
- wissenschaftliche Grundlagenarbeit in Bezug auf Planungs- und Raumtheorie vorantreiben
- Praxisbezug und -erfahrung für Lehrende und Studierende einfordern. Wenn ein wünschenswertes Praxissemester für Studierende kurz- oder mittelfristig nicht umsetzbar ist, sollen sonstige Praxiszugänge mit ausreichender Betreuung empfohlen und unterstützt werden (denkbar sind auch duale Ausbildungseinheiten)
- Denken in Alternativen vermitteln, die Ausbildung einer persönlichen Verantwortlichkeit fördern (Erarbeiten einer eigenen qualifizierten Meinung)

5. Lokale Strukturen und globale Einflussfaktoren

Problem:

- das Planerhandwerkszeug insbesondere auf der lokalen Ebene findet nicht genügend Beachtung
- globale Einflussfaktoren, internationale Ausrichtung und interkulturelle Kompetenz gewinnen zunehmend an Bedeutung
- Auswirkungen der Wissensgesellschaft werden zu wenig als Chance zur Weiterentwicklung der Disziplin genutzt

Ziele:

- professionelle Anwendung des Planerhandwerkszeugs sowie der formellen und informellen Verfahren (strategisches Lernen)
- Interkulturelle und internationale Kompetenz (insbesondere EU)
- Sprachkompetenz

Forderungen:

- Erarbeitung und Darlegung konzeptioneller und gestalterischer räumlicher Entwicklungen, Kenntnis der räumlich abgestuften Planungssystematik v.a. vom Bebauungsplan bis hin zum Stadtraumdetail,

Kenntnis planungsrechtlicher Verfahren, organisatorischer Abläufe und informeller Planungsprozesse, sowie deren Umsetzung

- Globalisierung und Interkulturalität zum Thema lokaler Planungsebenen machen
- Erarbeiten eines Bebauungsplans obligatorisch, um die wichtigsten planungsrechtlichen Grundlagen umzusetzen
- Prozess- und Verfahrenssteuerung unter veränderten Bedingungen stärker thematisieren
- kreativen Einsatz von EDV und GIS-Systemen erproben, einschließlich Raumbewachung als Frühwarnsystem
- Auseinandersetzung mit den verschiedenen nationalen und internationalen Planungskulturen
- den internationalen Erfahrungs- und Wissensaustausch in beide Richtungen verbessern: ein Studienjahr oder flexible, frei wählbare Abschnitte im Ausland als Regel (wenn dies kurz- oder mittelfristig nicht umsetzbar ist, sollen Auslandsstudienaufenthalte empfohlen, unterstützt und entsprechende Beratungen angeboten werden), deutsche Hochschulen für ausländische Studierende attraktiver machen
- Netzwerke und Forschungsverbünde international und auf Kontinuität hin initiieren

Die Thesen sind bewusst offen formuliert. Damit soll einerseits das gesamte Spektrum der Ausbildung ausgeleuchtet und zur Diskussion eingeladen werden. Andererseits bleiben dadurch einige Fragen offen und Zielkonflikte ungelöst. Dies betrifft

- eine einheitliche Terminologie bei den Studiengängen, fachlichen Spezialisierungen oder bei den Berufsbezeichnungen
- eine Präzisierung der verschiedenen Berufsbilder und Standards bei Grundlagen und Kernkompetenzen.
- eine Klärung, wie neue Anforderungen in den zeitlichen Rahmen der Studienverlaufspläne eingepasst werden können.

Dies und Fragen zu hochschulübergreifenden Kooperationen, zum technischen Referendariat und zur Fortbildung werden in Teil II behandelt.

¹ Der vollständige Text ist auf der Web-Seite der DASL / Ausschuss Aus- und Fortbildung abgedruckt

² Es wird vorgeschlagen, in Teil I den Sammelbegriff Raum- und Stadtplanung (bzw. Raum- und Stadtplaner zu verwenden; hierunter fallen Städtebau(er), Stadtplanung (Stadtplaner), Raumplanung (Raumplaner), Landesplanung (Landesplaner), Urbanistik(er), Urban-Design(er). Differenzierungen können in Teil II erfolgen.

Positionen des Mittelbaus zur Zukunft der Hochschultage

Zusammenfassung von Dr. Anna Zdiara und Achim Schröer

Im Rahmen des Mittelbautreffens wurde der Hochschultag unter verschiedenen Gesichtspunkten noch einmal reflektiert. Vor allem die stärkere Einbindung der Studierenden und der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen ist insgesamt auf eine sehr positive Resonanz gestoßen. Die stärkere Fokussierung auf einen Themenkomplex stieß ebenfalls überwiegend auf Zustimmung.

Für die nächsten Hochschultage ist es jedoch wichtig, ein klares Profil zu entwickeln, um nicht zu einer beliebigen Fachveranstaltung zu werden. Die Stärken des Hochschultages liegen vor allem in der einmaligen Chance, einen Austausch auf gleicher Augenhöhe zwischen Forschung, Lehre und Praxis zu organisieren. Für diese Augenhöhe ist die jetzt begonnene Einbindung der Studierenden und des Mittelbaus weiterhin entscheidend. Um ein Profil für den nächsten Hochschultag zu entwickeln, ist es sinnvoll ein verbessertes Vorbereitungsverfahren zu entwickeln.

Hier hat sich der „kleine“ Hochschultag in Aachen als sinnvolle Ergänzung herausgestellt. Es wäre demnach gut, diese Form der Vorbereitung beizubehalten und hier die Themen und das Profil für den nächsten Hochschultag zu präzisieren. Die Alleinstellungsmerkmale müssen deutlich werden, damit der Anreiz für die einzelnen Akteursgruppen besteht, sich hier auszutauschen. Diesbezüglich wäre eine stärkere Einbindung von politischen Akteuren wünschenswert. Im Austausch zwischen Lehre, Praxis und Forschung könnten gezielt Methoden, unterschiedliche Sichtweisen sowie Beispiele schlechter Praxis diskutiert werden, um letzten Endes davon zu lernen. Vielleicht ergibt sich aus diesen Diskussionen noch nicht erkannter Forschungsbedarf, der in konkrete weitere Arbeitsschritten an den Hochschulen oder in der Praxis mündet. Dem Bereich „Lehre“ sollte in dieser Hinsicht ein größerer Raum gegeben werden, als bislang erfolgt.

Die einzelnen Foren sind insgesamt positiv verlaufen. Es gab zahlreiche Ansätze, einen interaktiven und spannenden Austausch der Beteiligten zu organisieren. Allerdings haben nicht alle Foren diesen Ansatz verinnerlicht, was sich leider in ihrer schlechteren Qualität niedergeschlagen hat. An die positiven Beispiele gilt es daher anzuknüpfen und diese weiterzuentwickeln. Auszuschließen sind exklusive Foren für einzelne Statusgruppen. Die gleichberechtigte Organisation

und Besetzung der Foren von allen Statusgruppen ist nämlich ein Markenzeichen des Hochschultages. Die unterschiedlichen Statusgruppen profitieren dabei gegenseitig von den unterschiedlichen Erfahrungen und neuen Herangehensweisen. Zur Dokumentation der Foren könnten beim nächsten Hochschultag eventuell Live-Zeichner eingeladen werden, um die Ergebnisse der Diskussionen visuell festzuhalten, die im Anschluss als Diskussionsgrundlage im Plenum dienen können. Das könnte die Zusammenfassung der Foren im Nachgang für das Plenum anschaulicher machen.

Viele Diskussionspunkte des Mittelbaus bezogen sich auf organisatorische Aspekte. So wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie man teilnehmenden Studierenden eventuell die Fahrtkosten zu den Vortreffen finanzieren könnte. Darüber hinaus könnte ein rotierendes System zur Ausrichtung des Hochschultages sinnvoll sein, um die Vielfalt der Forschung und Lehre in den einzelnen Planungsfakultäten zu demonstrieren. Im Rahmen der Profildiskussionen wäre dieses Thema noch einmal zu berücksichtigen. Die bereits bestehenden Institutionen, wie das Planer/innentreffen der Studierenden sowie die Winter-/Sommerschule sollten stärker inhaltlich mitgedacht werden. Insgesamt ist es wichtig, die Kommunikationsstrukturen innerhalb des Mittelbaus auszubauen, um die Einbindung von Ideen und Themen in den nächsten Hochschultag zu verbessern.

Die Dissertationsdatenbank sollte als öffentlichkeitswirksames Instrument weitergeführt werden. Allerdings muss hier der Aufwand für Aktualisierungen minimiert werden. Das jetzige Verfahren ist insgesamt für alle Beteiligten zu aufwändig. Eine online-basierte Aktualisierung wäre daher wünschenswert. Als zentrales Anliegen wurde die Öffentlichkeitswirksamkeit der Datenbank diskutiert. Die Postkarten sind ein erster sinnvoller Schritt, um eine breitere Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Für viele Mittelbauer erschließt sich bislang der Sinn einer Teilnahme nicht, daher müsste auch hier noch etwas mehr auf die Chancen und Möglichkeiten hingewiesen werden. Im Rahmen der weiteren Diskussionen könnte überlegt werden, die Datenbank auch für Habilitationen zu öffnen und die Zuordnung zu unterschiedlichen Themen weiter auszudifferenzieren bzw. zu verändern.



Insgesamt hat sich der Hochschultag bei den beteiligten wissenschaftlichen Mitarbeitern als feste Institution bewährt. Die meisten schätzen die Möglichkeiten des Austauschs untereinander und über Statusgruppen-grenzen hinweg.

In thesenhafter Form wird somit folgendes erklärt:

Grundsatz

Die Hochschultage stellen ein einzigartiges Forum für Information, Austausch und Vernetzung der Planungsstudiengänge und –professuren dar. Zu ihrer Fortführung und Weiterentwicklung möchten sich die Wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen gerne inhaltlich und hochschulpolitisch weiter einbringen.

1) Inhaltliches Thema

Die Fokussierung der Hochschultage auf ein inhaltliches Thema wird begrüßt.

2) Hochschulbezug

Die Hochschultage sollten jedoch nicht zu einer reinen Fachveranstaltung werden. Neben inhaltlichen Aspekten sollen insbesondere die hochschulbezogenen Aspekte Lehre und Forschung (Formate, Rahmenbedingun-

gen, Trends etc.) Gegenstand der Diskussion sein, z.B. im Rahmen von eigenen Foren.

3) Dialog mit der Politik

Auch der Austausch mit der Politik und den Ministerien soll auf den Hochschultagen stärker berücksichtigt werden, z.B. im Rahmen von Foren zu einer Reflexion der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

4) Formate

Dabei sollen verstärkt aktivierendere und inkludierendere Formate als Podiumsdiskussionen zum Einsatz kommen.

5) Kooperation

Die Statusgruppen der Hochschulen mit ihren verschiedenen Sichtweisen sollen dabei gleichberechtigt miteinander kooperieren. Getrennte Foren für einzelne Statusgruppen werden abgelehnt.

6) Kleiner Hochschultag

Der Kleine Hochschultag soll nicht ein Hochschultag „im kleinen“ sein, sondern wie bereits in Aachen einen Arbeitscharakter besitzen und der intensiven inhaltlichen und methodischen Vorbereitung des „Großen“ Hochschultages dienen.

Resolution der Studierenden zum 4. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Zusammenfassung von Laura Bornemann

Die Überschneidung der Termine des Statusgruppentreffens sowie des Workshops zum aktuellen Stand und zur Zukunft der Stadtplanungsbildung führten dazu, dass das Statusgruppentreffen der Studierenden ausfiel. Es sollte allen Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, mit den Experten aus der Praxis über die Lehre zu diskutieren. Daher stellen die, in dieser Resolution herausgearbeiteten, Forderungen die Ergebnisse der Bundesfachschaftenkonferenz vom PlanerInnenTreffen („PIT“) in Erfurt-Weimar (Okt./Nov. 2014), und auch der Nachbereitung des Hochschultages in den einzelnen Fachschaften der Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung, dar.

Die Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung setzt sich aus den Vollstudiengängen (Bachelor und Master) der Stadt- und Raumplanung des deutschsprachigen Raumes zusammen und trifft sich jedes Semester im Rahmen des PIT an wechselnden Standorten mit 90 - 140 Vertreter/innen der Teilnehmenden Hochschulen. Seit dem 2. Hochschultag ist die Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung als Vertretung der Studierenden in die Vorbereitung eingebunden.

Unseren Forderungen zum 5. Hochschultag möchten wir die, im Vorfeld zum 4. Hochschultag veröffentlichte, Erfurter Einladung vorwegstellen. Sie fasst unsere Hoffnung in und unsere Ansprüche an den Hochschultag vor dem Hintergrund der letztjährigen und immer noch aktuellen Diskussion um die Zukunft der Planer/innen zusammen.

Der Dialog zuerst!

Erfurter Einladung zu einer neuen Diskussionskultur

In der Debatte um die Qualität der Lehre in der „Städtebau-Ausbildung“ als Antwort auf die Kölner Erklärung blieb eine Stimme bisher ungehört: Die der Studierenden. Als Bundesfachschaft für Stadt- und Raumplanung vertreten wir einen großen Teil der zukünftigen Planer/innen im deutschsprachigen Raum und sehen uns deshalb in der Pflicht, unsere Sicht der Dinge zu vermitteln.

Der Tenor der Erklärung versetzte uns zunächst in Entsetzen: unsere Ausbildung, so die Verfasser, sei mangelhaft! Stadtplaner/innen würden zu Technokrat/innen, die keine Stadträume mehr entwerfen und sich statt-

dessen um die Organisation von Prozessen kümmern. Auch die Kooperation mit anderen Fachdisziplinen stelle Absolvent/innen vor größere Herausforderungen: Es würde vor allem aneinander vorbeigeplant.

Als Vertretung der Studierenden haben wir einen Überblick über die Studiensituation an deutschsprachigen Ausbildungsstätten und können deshalb sagen: Die Forderungen der Kölner Erklärung sind an vielen Planungsschulen bereits Teil der Lehre. Denn die Ausbildung im Städtebau ist ein wichtiger Baustein der Ausbildung in der Stadtplanung, die – wie es die Verfasser fordern – interdisziplinär ausgerichtet ist. Diese Relativierung der Kritik unterstreicht auch eine von Studierenden aus Berlin durchgeführte Berufsfeldanalyse, in welcher „die Berufspraxis“ in Form von 1500 Planungsbehörden, freien Büros, Forschungseinrichtungen und weiteren Berufszweigen den Absolvent/innen und damit wohl auch der Ausbildung eine gute fachliche Qualität sowie eine hohe Eignung für planerische Aufgaben bescheinigt.

Wenn die Stadt „zuletzt kommen“ sollte, dann also nicht nur aufgrund der Lehre. Stattdessen sollten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen in der heutigen Zeit geplant wird, kritisch hinterfragt, deren Probleme identifiziert und kontrovers diskutiert werden. Die Lösung dieser Probleme sehen wir weniger in der Behebung von didaktischen, sondern vielmehr von strukturellen „Missständen“: Es muss die Systemfrage gestellt werden.

Die Kölner Erklärung hat ein Feuerwerk der Kritik abgebrannt, das zweifelsohne viel polemisiert, pauschalisiert und verkürzt. Und das ist gut so: Denn durch diese Polemik kann die Debatte um die Zukunft der Lehre Eingang in eine breit aufgestellte Diskussion finden. Diese wurde bisher nur vereinzelt und zumeist Statusgruppen- oder Hochschulintern geführt. An dieser Stelle bietet sich nun die Chance, einer neuen Diskussionskultur den Weg zu bereiten. Einer Diskussionskultur, die nicht nur aus Erklärungen, Positionspapieren und Polemiken besteht, die vor allem von Professor/innen verfasst werden, sondern alle Akteure bei der Gestaltung der Zukunft unserer Profession an einen Tisch bringt.

Denn eine Weiterentwicklung der Lehre anhand aktueller Diskurse und Gegebenheiten ist notwendig. Dieser Prozess kann und darf aber nicht fachlich eng fokussiert und nicht nur durch eine Interessengruppe betrieben werden. Stattdessen ist – ganz in bester planerischer Tradition – ein breiter Dialog aller Beteiligten aus Wissenschaft, Lehre und Berufspraxis erforderlich. Zu diesem Dialog wollen wir mit dieser „Erfurter Einladung“ aufrufen und gleichzeitig anregen, ihm eine Plattform zu schaffen. Eine Neuausrichtung des Hochschultages der nationalen Stadtentwicklungs-politik hin zu einem Ort des Austauschs, des Streits und der Diskussion wäre für uns ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Bundesfachschaft für Stadt- und Raumplanung

Der Projektrat, Berlin

Fachschaft Urbitektur, Cottbus

Fachschaft Raumplanung, Dortmund

Fachschaft Stadt- und Raumplanung, Erfurt

Fachschaft Stadtplanung, Hamburg

Fachschaft Raum- und Umweltplanung, Kaiserslautern

Fachschaft Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung, Kassel

Fachschaft Landschaft Umwelt Stadt, Nürtingen

Fachschaft Raumplanung, Rapperswil

Fachschaft Raumplanung und Raumordnung, Wien

Fachschaft Architektur und Urbanistik, Weimar

Unsere Position ist auch nach dem 4. Hochschultag keine andere: Wir fordern, dass eine Plattform für den Dialog zur Zukunft der Planungsbildung und zur Systemfrage geschaffen wird und meinen, dass der Hochschultag diese sein soll. In Form von konstruktiver Kritik, Ideen und Forderungen möchten wir auf den vergangenen 4. Hochschultag eingehen und Vorschläge für den kommenden 5. Hochschultag und dessen Vorbereitung unterbreiten.

1. Den Hochschultag fortführen

Der Hochschultag soll als regelmäßige Konferenz der Fachöffentlichkeit – insbesondere der Hochschulen untereinander und diese im Austausch mit der Planungspraxis – im Bereich der Stadt- und Regionalplanung fortgeführt werden. Grundsatz dabei ist und bleibt ein bedingungsfreier und kostenloser Zugang zum Hochschultag.

Wie auch schon in der Resolution der Bundesfachschaft Stadt- und Raumplanung zum 3. Hochschultag vorgeschlagen, können wir uns

sehr gut vorstellen, dass der Hochschultag an wechselnden Orten stattfindet, so wie das Planer/innen-Treffen seit Jahrzehnten von Fachschaft zu Fachschaft übergeben wird. Um die Verfestigung des Diskurses zu gewährleisten, sollte der Hochschultag keinen längeren Turnus als zwei Jahre haben.

Die Verteilung der Trägerschaft auf mehrere Schultern und die damit einhergehende stärkere Einbindung aller Interessierten kann das Potenzial haben, den Hochschultag zu einem gemeinsamen Projekt aller beteiligungswilligen Hochschulen zu machen.

In Zukunft sollten alle Hochschulen aus dem grenzübergreifenden, deutschsprachigen Raum angesprochen werden – Stadt-/Raumplanende aus Österreich und der Schweiz sollten dabei mehr eingebunden werden.

2. Gestaltung des Hochschultages

Die Formate des 4. Hochschultages waren zu großen Teilen Podien und zu einem kleinen Teil Foren. Die meisten Foren versuchten, alle Gruppen gleichermaßen zu beteiligen. Trotzdem hatten die Studierenden nur einen geringen Anteil an der Redezeit, da häufig Diskussionen nur zwischen etablierten Stadtplaner/innen ausgetragen wurden.

Wir wünschen uns, dass es mehr partizipative Formate auf dem Hochschultag gibt. Dies würde den Studierenden eine aktivere Rolle geben und wäre eine große Bereicherung für die ganze Veranstaltung, da so studentische Positionen eingebracht werden können.

Das Leitthema „Wohnen“ war und bleibt ein wichtiges Thema. Auch für den nächsten Hochschultag sollte ein Leitthema in Betracht gezogen werden. Aber den Grundsatzdiskussionen über Lehre in der Stadt-/Raumplanung muss dabei ein größerer Rahmen geboten werden! Sie sollte sich wie ein roter Faden durch alle Programmpunkte der Veranstaltung ziehen.

Ebenfalls liegt es uns am Herzen, dass beim nächsten Hochschultag keine Überschneidungen von Programmpunkten geplant werden.

3. Studierende beteiligen

Auch bei diesem Hochschultag war die Gruppe der Studierenden, wie schon beim letzten Mal, die nominell größte Statusgruppe. Als Vertretung der Bundesfachschaft möchte der Bundesfachschafts-Rat Stadt- und Raumplanung mit einbezogen werden. Wir garantieren für die nächsten

zwei Jahre eine rege und regelmäßige Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung des 5. Hochschultages sowie die Aktivierung der Studierenden.

4. Diskussion(en) zum Selbstverständnis der Stadt-/Raumplaner und der Planer/innenausbildung

Wir wollen die Diskussion zur Planer/innenausbildung und zum Selbstverständnis der Stadt-/Raumplaner nicht mehr nur begleiten, sondern durch kontinuierliches Engagement unterstützen. Als Bundesfachschaft haben wir die Möglichkeit, die Lehre an allen Fakultäten der Fachschaften zu überblicken und kritisch zu vergleichen. Dies wollen wir im Hinblick auf die Debatte um die Lehre in den Planungsstudiengängen verstärkt tun. Auf diesen Erfahrungen aufbauend wollen wir eigene Workshops organisieren, in denen wir zum einen den Austausch über Lehre und Ideen für neue Lehrformate und zum anderen den Austausch über das Berufsfeld der Stadtplanung ermöglichen wollen. In ein bis zwei Workshops soll eine Zusammenführung der vielen Diskussionsstränge verschiedener Verbände, Arbeitskreise und Institute erreicht werden. Dabei wollen wir die Diskussionen für mindestens zwei Tage vom Papier weg in das Rampenlicht der Kulisse des Hochschultages bringen und dort unter Anwesenheit und Beteiligung möglichst vieler Akteure (der Belehrteten, Lehrenden, Arbeitenden, Arbeitgebern, „Beplanten“) über Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, das Selbstbild des Stadt-/Raumplaners und die Systemfrage sprechen.



5. Ergebnisse und Außendarstellung des 4. Hochschultages

Innerhalb von zwei Tagen einen gemeinsamen Willen zu bilden ist schwierig. Dass es einen gemeinsam gebildeten Willen des Hochschultages gäbe, wird aber suggeriert, wenn beim Hochschultag innerhalb kürzester Zeit über ein bereits Wochen zuvor geschriebenes Dokument abgestimmt werden soll. Der Hochschultag braucht für einen erfolgreichen Abschluss nicht zwingend einen zu Papier gebrachten Konsens, sondern lebt von der Auseinandersetzung miteinander. Der Hochschultag war dann erfolgreich, wenn Argumente ausgetauscht, Meinungen gebildet oder geändert wurden und im besten Fall aus dem Gesagten Taten folgen. Der Hochschultag war dann erfolgreich, wenn für die Teilnehmer/innen wieder ein Interesse besteht, zum nächsten Hochschultag zusammenzukommen.

Wichtiger als eine Resolution wäre eine interaktive, stetig aktualisierte Internetpräsenz des Hochschultages. Auf dieser sollten

- a) die Dokumentation der vergangenen und kommenden Hochschultage,
- b) die aus dem Hochschultag hervorgehenden Projekte und
- c) Verweise zu interessanten Medien(-beiträgen)

in übersichtlicher Form allen Teilnehmer/innen und Interessierten zur Verfügung stehen.

Eine Homepage des Hochschultages könnte nicht nur seine Leistungen dokumentieren, sondern dem Hochschultag auch während der Zeit, in der er nicht stattfindet, sowohl ein Gesicht als auch eine Informationsbasis bieten sowie die Verfolgung zwischenzeitlicher Entwicklungen ermöglichen. Vor dem 4. Hochschultag war es sogar für die Personen, die gezielt nach dem Hochschultag gesucht haben, sehr schwer das Anmeldeformular zu finden. Genauso schwer war es für Erstbesucher des Hochschultages die Veranstaltung thematisch/kontextuell einzuordnen und ihre Bedeutung einzuschätzen.

Mit diesen Anregungen, Versprechungen und unserem Engagement im Rahmen der Vorbereitung des 5. Hochschultages wollen wir unseren Beitrag zur erfolgreichen Weiterführung fortsetzen und ausbauen. Wir hoffen, dass die Studierenden in Zukunft im Hochschultag ein Forum haben werden, in dem wir nicht nur hochschulübergreifend – wie beim PIT – sondern endlich auch statusgruppenübergreifend konferieren.

Wir freuen uns auf die kommende Zusammenarbeit, den Austausch, den Streit und die Diskussion.

Thesenhafte Ergebnisse und Empfehlungen zur Zukunft nachhaltigen Wohnens in den Städten

Vorbemerkung: Der nachfolgende Text wurde in der Abschlussdiskussion des 4. Hochschultages erörtert, mit Anregungen versehen und zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Anregungen sind eingearbeitet.

Wohnen als strategische Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik

Der am 21. und 22. November 2014 zum vierten Mal in Berlin veranstaltete Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist das zentrale Forum des Austauschs von Wissenschaft und Praxis im Feld von Städtebau und Stadtentwicklung. Mehr als 400 Teilnehmer/innen – Professor/innen, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen und deren Vertreter/innen und Studierende, schließlich eine hohe Anzahl von Repräsentanten der Praxis aus Bund, Ländern und Kommunen – haben am Thema der Perspektiven nachhaltigen Wohnens beispielhaft mögliche Verbesserungen ihrer Kooperation diskutiert.

Die Wohnungsversorgung wird einhellig als eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge angesehen. Über eine Wohnung zu verfügen, ist ein Grundbedürfnis aller Menschen.

Seit Jahren zeichnen sich große Veränderungen rund um das Wohnen ab. Neue Haushaltsstrukturen, Veränderungen in der Arbeitswelt und eine älter werdende Bevölkerung sind einige der sozialen und ökonomischen Faktoren. Daneben ergeben sich Herausforderungen in prosperierenden Ballungsräumen mit knapp gewordenem, bezahlbarem Wohnraum. Den wieder wachsenden Städten und Ballungsräumen stehen andererseits Gebiete gegenüber, die immer dünner besiedelt sind, und in denen Wohnqualität durch den Abbau von privaten und öffentlichen Dienstleistungen zunehmend beeinträchtigt ist. Die Lösung dieser Probleme verlangt nach neuen Ideen an der Schnittstelle Wissenschaft und Planungspraxis, wie auch ein koordiniertes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen.

Der Hochschultag hat die Ausgangslage bilanziert und aus der Analyse Empfehlungen für die Stabilisierung der Wohnungsversorgung abgeleitet. Die vom Plenum verabschiedeten Thesen sollen der Intensivierung des Dialogs dienen, sowie Fragestellungen für die zukünftige politische wie wissenschaftliche Arbeit formulieren.

Thesen zur Ausgangslage:

1. Die Lage auf den städtischen Wohnungsmärkten ist derzeit angespannt und gleichzeitig extrem unterschiedlich geteilt, je nachdem ob sie sich auf verstärkt wachsende oder schrumpfende Städte bezieht. Der Bedarf an innovativen ökonomischen, sozialen und städtebaulichen Konzepten ist so groß wie seit langem nicht mehr.
2. Insbesondere das Angebot an bezahlbarem, für Haushalte mit geringerem Einkommen leistbarem Wohnraum ist knapp und wird in prosperierenden Städten der Nachfrage nicht gerecht. Hierauf müsste dringend mit einem Umstellen von konsumptiver, finanzieller Unterstützung bei den Unterkunftskosten wirtschaftlich schwächerer Haushalte auf eine investiv orientierte Förderung von preiswertem Wohnungsneubau reagiert werden.
3. Durch das Auslaufen der Belegungsbindung im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau und dem Verkauf von städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird die Situation weiter verschärft. Gleichzeitig werden durch die Aufwertung bestehender Wohnquartiere Verdrängungsprozesse ausgelöst.
4. Planungen und Strategien der Kommunen zielen in erster Linie auf schnelle und in ihrer Quantität erfolgreiche Lösungen im eigenen Wirkungsbereich. Dabei werden häufig langfristige Fragestellungen des demografischen und klimatischen Wandels sowie der nachhaltigen Raumentwicklung vernachlässigt.
5. Insbesondere der zeitliche Druck verleitet dazu, planungskulturelle Errungenschaften des letzten Jahrzehnts, wie transparente Planungsprozesse und die frühzeitige Einbindung privater und öffentlicher Akteure, zu vernachlässigen beziehungsweise zurück zu stellen.
6. Die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen führt dazu, dass längerfristige Zielsetzungen nachhaltiger Stadtentwicklung und etablierte Qualitätsstandards in Architektur und Städtebau nur eingeschränkt berücksichtigt werden.
7. Die Wissenschaft ist in der Forschung in hohem Maße gefordert, Erkenntnisse und Erfahrungen aus früheren Phasen drängenden Wohnraumbedarfs für die aktuellen Herausforderungen aufzubereiten.



Empfehlungen

1. Die Wohnungsversorgung ist zentraler Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik und kann nur integriert, d.h. im Verbund mit den übrigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern erfolgreich behandelt werden. Ein kontinuierliches Monitoring von Wohnungsmarkt und Sozialraum stellt das Instrumentarium zur Verfügung, um den politischen Handlungsbedarf frühzeitig zu identifizieren.
2. Auch in Zeiten angespannter Wohnungsmärkte und Haushaltslagen bleiben vor allem in den wachsenden Städten qualitative Maßstäbe auf der Agenda. Nur über den baukulturellen Diskurs, dialogorientierte Planung und alternative Lösungen können neue Wohnquartiere entstehen, die an die Tradition und Schönheit der europäischen Stadt anknüpfen – mit Identität stiftenden Stadträumen und nachhaltiger Architektur. Der Blick in die Stadtgeschichte zeigt: Jeder einseitig auf quantitative Versorgung ausgerichtete Wohnungsbau birgt soziale und wirtschaftliche Risiken. Spätere Korrekturen sind schwierig und gehen zu Lasten der Allgemeinheit.
3. Angesichts häufig begrenzter Flächenpotenziale für Wohnungsneubau in den sich verdichtenden Kernstädten ist eine ausgewogene Wohnungsbauentwicklung nur durch interkommunale Kooperation im regionalen Maßstab zu erreichen. Es sollten runde Tische zum Dialog auf Augenhöhe zwischen Kernstadt und Umland oder Netzwerke benachbarter Städte und Gemeinden ins Leben gerufen werden.
4. Sowie einerseits der regionale Maßstab für wohnungspolitische Konzeptionen auszubauen ist, so tritt andererseits das Stadtquartier, der überschaubare städtische Teilraum als direktes Wohn- und Lebensumfeld, insbesondere für bestandsbezogene Strategien, in den Vordergrund. Hier gilt es, preisgünstiges Wohnen zu sichern und das Bestehende mit Augenmaß an den veränderten Bedarf anzupassen. Gleichzeitig muss Tendenzen von Gentrifizierung entgegengetreten werden. Städtebauförderung und Sanierungsinstrumente können hier zum Schutz von bezahlbarem Wohnraum beitragen. Wichtige Planungsinstrumente des Bestandsschutzes wie Milieuschutz, Zweckentfremdungs- oder Umwandlungsverbot sollten gezielt eingesetzt werden.
5. Der kommunalpolitische Gestaltungsspielraum und das Planungsrecht bieten Voraussetzungen, um die Entwicklung der Wohnbestände und neuer Wohnquartiere zu beeinflussen. In städtebaulichen Verträgen können die Qualitätskriterien rechtlich fixiert werden. Bei kommunalem Grundbesitz ist Standort und Qualität der Wohnungen über eine Liegenschaftspolitik grundsätzlich über die fiskalische Zielsetzung hinaus strategisch und inhaltlich konkret auszurichten. Außerdem sollte bei allen Bauvorhaben ein Mindestanteil an öffentlich gefördertem, sozialem Wohnungsbau realisiert werden, wie in München mit dem Konzept der sozialgerechten Bodennutzung.
6. Parallel zur Herausforderung für die Praxis, nachhaltige Wohnquartiere integriert zu planen und umzusetzen, stellt sich für die Hochschulen die Aufgabe, ihrer wissenschaftlichen Arbeit in Lehre wie Forschung die notwendige interdisziplinäre Basis zu geben, um innovative Konzepte für zukünftiges Wohnen gemeinsam mit Ökonomen, Soziologen, Architekten und Ingenieuren zu erarbeiten.
7. Die am Hochschultag teilnehmenden Vertreter aus Wissenschaft und Praxis werden ihren Dialog zu den aktuellen Herausforderungen kommunaler Wohnungspolitik fortsetzen. Es sollen deshalb weitere Akteure aus den beiden Bereichen, insbesondere auch aus der Immobilienwirtschaft, für die zukünftige Zusammenarbeit gewonnen werden.

Tagungsort EUREF-Campus

Das Stadtquartier der Zukunft

Stadt, Energie und Mobilität

Das ca. 5,5 Hektar große Stadtquartier ist ein Symbol der Energiewende in Deutschland und Standort für Unternehmen aus den Bereichen Energie, Nachhaltigkeit und Mobilität. Ökologisch und ökonomisch nachhaltige Lösungen machen den Büro- und Wissenschaftscampus – der bereits seit 2014 die Klimaziele der Bundesregierung für 2050 erfüllt – zu einem europaweit beachteten Zentrum für innovative Zukunftsprojekte. Eine CO₂-neutrale Energieversorgung, ein „Micro Smart Grid“ zum Energielastmanagement, energetisch optimierte Green Buildings, eine Erprobungsplattform für Elektromobilität, vielfältige Veranstaltungslocations sowie eigene praxisorientierte Masterstudiengänge in Kooperation mit der TU Berlin und die Ernennung zum Forschungscampus der Bundesregierung „Mobility2Grid“ sind die zentralen Merkmale des EUREF-Campus.

Eine innovative Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft

Seit Beginn der Standortentwicklung haben sich auf dem EUREF-Campus international renommierte Unternehmen – darunter Cisco, Deutsche Bahn, Schneider Electric, Alphabet, General Electric, Hubject, das Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel – und Forschungseinrichtungen, wie das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, das Climate-KIC und das Wissenschaftszentrum Berlin, angesiedelt. In einem engen Austausch und zahlreichen Partnerschaften entwickelt die innovative Gemeinschaft aus Global Playern, Start-Ups sowie forschenden und lehrenden Einrichtungen intelligente Lösungen für die Stadt der Zukunft. Im Rahmen der weiteren Standortentwicklung entstehen noch über 100.000 qm Geschossfläche für weitere Unternehmensansiedlung.



Posterausstellung

Wie schon bei den vergangenen drei Hochschultagen haben erneut viele Hochschulen die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit ihren Arbeitsbereichen und Fragestellungen mit Postern zu präsentieren.

Jenseits engerer Projektbezüge gab die Posterausstellung des 4. Hochschultages den Hochschulen die Möglichkeit, sich gezielt mit Ihren Instituten sowie Lehr- und Forschungsschwerpunkten darzustellen.

26 Poster aus 13 Hochschulen mit insgesamt 20 Instituten oder Fachgebieten spiegeln die Vielfalt der universitären Aktivitäten auf den Feldern, die der Stadtentwicklungspolitik nahestehen.

RWTH Aachen University

Fakultät für Architektur, Lehrstuhl und Institut für Städtebau und Landespl.
Fakultät für Architektur, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung
Fakultät für Bauingenieurwesen, Lehrstuhl und Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr

Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Fachgebiet Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten
Fachgebiet für Bau-, Planungs- und Umweltrecht
Fachgebiet für Städtebau und Siedlungswesen
Fachgebiet für Planungstheorie und Analyse städtischer Politiken
Fachgebiet für Stadt- und Regionalökonomie
Fachgebiet für Orts-, Regional- und Landesplanung

EBZ Business School Bochum
University of Applied Sciences

Technische Universität Braunschweig
Institut für Städtebau und Entwurfsmethodik

Technische Universität Dortmund
Städtebau, Stadtgestaltung & Bauleitplanung

Fachhochschule Erfurt
Fakultät Architektur und Stadtplanung, Fachrichtung Stadt- und Raumpl.

Universität Duisburg-Essen
Fakultät für Ingenieurwissenschaften, Abteilung Bauwissenschaften,
Fachgebiet/Institut für Stadtplanung und Städtebau

Leibniz Universität Hannover
Fakultät für Architektur und Landschaft
Institut für Entwerfen und Städtebau

Technische Universität Kaiserslautern
Fachgebiet Stadtbau + Ortserneuerung

Karlsruher Institut für Technologie
Institut Entwerfen von Stadt und Landschaft

Technische Universität München
Fakultät für Architektur, Masterstudiengang: Urbanistik – Landschaft & Std.

Universität Stuttgart
Fakultät Architektur und Stadtplanung

Bauhaus-Universität Weimar
Fakultät Architektur und Urbanistik





Impressum

4. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

„Nachhaltig Wohnen – der Dialog von Wissenschaft und Praxis“

Berlin 21./22. November 2014

Der Hochschultag ist ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Herausgeber:

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung

Verantwortlich:

Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär DASL

Technische Universität Darmstadt

Entwerfen und Stadtplanung, Fachbereich Architektur (FB 15)

El-Lissitzky-Straße 1

64287 Darmstadt

Projektassistenz:

Dr. Anna Zdiara, TU Darmstadt

Jeanette Wonogo, TU Darmstadt

Durchführung:

Tino Brüllke, Beuth Hochschule Berlin

Redaktion:

Prof. Julian Wékel, TU Darmstadt

Dr. Karin Diegelmann, TU Darmstadt

Gestaltung:

Philipp Dubrau

Abbildungsnachweis:

Fotos von Sergej Horovitz, www.horovitz.de

S. 51 EUREF Campus

1. Auflage, 2015

Druck: LASERLINE Berlin



www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de